

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE **NEUE ZEIT**

BEFAST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Die gerechten Reparationsforderungen der Sowjetunion	1
M. CHARLAMOW — Eine Biographie J. W. Stalins	3
Prof. G. SLAWJANOW — Noch einmal über die Frage der deutschen Reparationen	10
N. BRAGIN — Der Zweijahrplan des Wiederaufbaus und der Ent- wicklung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei	14
D. PEKIN — Die Kampagne der italienischen Reaktion gegen den Friedensvertrag	17
Brief eines griechischen Patrioten	21
Internationale Umschau (Notizen)	23
N. PROZENKO — Nanking—Schanghai (Reisenotizen)	27
Chronik der internationalen Ereignisse	32

14

4. April 1947

Die gerechten Reparationsforderungen der Sowjetunion

Die FRAGE der deutschen Reparationen, die auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats erörtert wird, bewegt nach wie vor die öffentliche Meinung der Länder des europäischen Kontinents, die durch die deutsche Aggression verheert worden sind.

Es ist bekannt, daß die Ausgaben des Sowjetstaates für den Krieg gegen Deutschland und Japan sowie der Ausfall von Einnahmen in der Volkswirtschaft und die Bevölkerungsverluste der Sowjetunion allein während dieses Krieges nicht weniger als 357 Milliarden Dollar betragen. Außerdem erreichen nach den Feststellungen der Außerordentlichen Staatlichen Kommission allein die direkten Verluste durch Zerstörung und Ausplünderung des staatlichen, genossenschaftlichen und persönlichen Eigentums auf dem von den deutschen Eindringlingen okkupierten Sowjetterritorium die ungeheure Summe von 128 Milliarden Dollar. Die Sowjetunion hat im Kampf gegen das faschistische Deutschland kolossale materielle Werte verloren.

Ganz natürlicherweise ist es dem Sowjetstaat und dem Sowjetvolk darum zu tun, daß der Schaden, den die Volkswirtschaft der Sowjetunion erlitten hat, wenigstens in beschränktem Maße in Form von Reparationen wiedergutgemacht werde. Man weiß, daß die Reparationsansprüche des Sowjetstaates an Deutschland äußerst mäßig sind, daß sie nicht einmal den zehnten Teil des erlittenen direkten Schadens decken und nur 10 Milliarden Dollar betragen. Dabei müssen aus dieser Summe auch die Reparationsansprüche Polens befriedigt werden.

Vor mehr als zwei Jahren, als die Völker Europas im Kampf gegen die deutschen Räuberarmeen auf den Schlachtfeldern ihr Blut vergossen und die Ruinen der von den Deutschen zerstörten Städte und Dörfer rauchten, kamen die Führer der drei verbündeten Großmächte auf der Krimkonferenz einmütig dahin überein, daß Deutschland den von ihm angerichteten Schaden in möglichst hohem Maße wiedergutmachen muß. Die Häupter der drei Regierungen legten fest, daß Deutschlands Reparationen in drei Formen geleistet werden sollen: einmalige (im Laufe von zwei Jahren nach Deutschlands Kapitulation zu

bewerkstelligende) Einziehung von Betriebsausrüstungen, Werkbänken, Schiffen, rollendem Material und deutschen Auslandsinvestitionen; alljährliche Warenlieferungen aus der laufenden Produktion der deutschen Wirtschaft; Ausnutzung deutscher Arbeit. Es wurde vereinbart, daß die Reparationen in erster Linie den Ländern zufließen sollen, die die Hauptlast des Krieges getragen und die größten Verluste erlitten haben. Diese Beschlüsse wurden bald nach der militärischen Niederwerfung Deutschlands von der Konferenz der Häupter der drei Großmächte in Berlin bekräftigt.

Die Völker Europas, die der Invasion der Hitlerhorden zum Opfer gefallen sind, hatten alle Ursache zu der Annahme, daß die Realisierung ihres legitimen Rechtes auf deutsche Reparationen durch das Wort der an den Konferenzen in der Krim und Berlin beteiligten Großmächte gesichert sei und daß jede dieser Mächte ihr Wort halten werde. Es hat sich jedoch herausgestellt, daß zwei von ihnen, nämlich die USA und England, ihr Wort nicht gehalten haben.

Bis auf den heutigen Tag werden die Reparationsbeschlüsse in den westdeutschen Besatzungszonen faktisch nicht durchgeführt. Die Reparationslieferungen an die Sowjetunion und eine Anzahl anderer Länder, bestehend aus Betriebsausrüstungen, die für den Wiederaufbau ihrer durch den Krieg erschütterten Wirtschaft außerordentlich dringend gebraucht werden, sind von den Besatzungsbehörden dieser Zonen hintertrieben worden.

Diese Hinterziehung der Reparationslieferungen ist nicht die Folge irgendwelcher objektiver oder zufälliger Ursachen. Hiervon zeugt die bei der Erörterung des deutschen Problems auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats hervorgetretene Tendenz der führenden Kreise Englands und der USA, die auf den Konferenzen in der Krim und in Berlin einstimmig angenommenen Reparationsbeschlüsse zu revidieren. Die Gerechtigkeit erfordert aber, daß diese Beschlüsse durchgeführt werden.

In den gegen die Reparationsansprüche der Sowjetunion gerichteten Ausführungen werden am häufigsten folgende Argumente vorgebracht.

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Ihre Befriedigung beraube Deutschland der Hilfssachen, die es nötig hat, um „sich selbst zu versorgen“ und den Lebensstandard seiner Bevölkerung wiederherzustellen. Dies einerseits. Anderseits bedeuteten diese Reparationen zusätzliche Lasten für die USA und England, die auch jetzt schon ungeheure Ausgaben für die Besetzung Deutschlands zu tragen hätten.

Mit diesen Argumenten kann man sich unmöglich einverstanden erklären. Die USA und England, die von der deutschen Okkupation nicht betroffen worden sind, haben bekanntlich in Form von deutschen Auslandsguthaben, Patenten und Goldvorräten, Betriebsausrüstungen, Handels Schiffen und in anderer Form Reparationen im Gesamtwert von nicht weniger als 10 Milliarden Dollar aus Deutschland erhalten. Während die englischen und die amerikanischen Behörden gegen die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion an die Sowjetunion protestieren, praktizieren sie auf großer Stufenleiter Abzweigungen aus der laufenden Produktion der deutschen Betriebe.

Was die „Selbstversorgung“ der deutschen Wirtschaft anbelangt, so zeigt die Praxis, daß die amerikanischen und die englischen Monopole keine Erweiterung, sondern eine Drosselung der deutschen Friedensproduktionszweige anstreben, in denen sie einen potentiellen Konkurrenten für sich sehen. Dabei könnte gerade die volle Tätigkeit dieser Friedensproduktionszweige die notwendigen Warenmengen erbringen nicht nur für die Reparationslieferungen, sondern auch für den deutschen Binnenmarkt und für den Handel mit anderen Ländern.

Das auf Grund der Reparationsforderungen der Sowjetunion ausgearbeitete Programm geht eben von diesem Prinzip aus — vom Prinzip der Demilitarisierung der deutschen Industrie und der Entwicklung ihrer Friedensbranchen. An einer solchen Entwicklung der deutschen Wirtschaft sind die Völker aller Länder, auch das deutsche Volk selbst, interessiert.

Gemäß den Beschlüssen der Berliner Konferenz soll als eine der Quellen zur Befriedigung der Reparationsforderungen der Sowjetunion das deutsche Eigentum (die deutschen Guthaben) in Ostösterreich dienen. Das Recht des Sowjetstaates auf diese Vermögenswerte wird jetzt von den Vertretern Englands und der USA bei der Vorbereitung des österreichischen Vertrages mit der Begründung angefochten, die Übergabe solcher Guthaben an die Sowjetunion werde den wirtschaftlichen Wiederaufbau Österreichs behindern. Im Namen dieses Wiederaufbaus Österreichs, das auf Seiten Hitlerdeutschlands am Kriege teilgenommen hat, wird z. B. vorgeschlagen, aus den

deutschen Guthaben, die für Reparationsleistungen in Betracht kommen, dasjenige deutsche Eigentum in Österreich auszuschließen, für das die früheren Eigentümer von den Deutschen seinerzeit eine Kompensation erhalten haben. Das Sowjetvolk kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß Eigentümer, die auf diese Weise eine doppelte Entschädigung erhalten würden, auf seine Kosten Geschenke erhalten.

Die öffentliche Meinung der Sowjetunion hält die Forderung nach realer Verwirklichung des legitimen Rechts ihres Landes auf deutsche Reparationen für unanfechtbar. Dieses Recht haben Millionen von Sowjetbürgern mit ihrem Blute errungen.

Auf der Sitzung des Außenministerrats vom 27. März erklärte W. M. Molotow:

„Nicht selten wird uns gesagt, man habe volles Mitgefühl mit der Sowjetunion in der Frage der deutschen Reparationen. Wir erklären uns immer wieder dankbar für dieses Mitgefühl... Allein wir müssen konstatieren, daß es sich nicht nur darum handelt, der Sowjetunion oder irgend einem anderen Land ein Recht auf Reparationen zuzusprechen. Wichtig ist, daß dieses Recht nicht auf dem Papier bleibe. Wichtig ist die Verwirklichung dieses Rechtes in der Praxis...“

Die dem Außenministerrat zur Erörterung unterbreiteten Sowjetvorschläge in der Frage der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und in der Reparationsfrage entsprechen den Beschlüssen der Berliner Konferenz. Sie gehen aus von einer Reihe praktischer Maßnahmen zur Entwicklung der deutschen Friedensindustrie und zur Demokratisierung der Verwaltung der deutschen Wirtschaft. Es wird darin ausdrücklich gesagt, daß es unter der Voraussetzung regelmäßiger Erfüllung des aufgestellten Reparationsplans für möglich gehalten wird, einer Vergrößerung der Produktion der deutschen Friedensindustrie sowohl für Deutschlands inneren Verbrauch als auch für die Entwicklung des Handels mit anderen Ländern keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Die von der Sowjetunion eingebrachten Reparationsvorschläge werden zweifellos in allen von der Hitleraggression verheerten Ländern Unterstützung finden. Diese Reparationsforderung an Deutschland entspricht den Lebensinteressen der Völker aller demokratischen Länder vor allem vom Standpunkt des wichtigsten Prinzips, daß keine Aggression ungestraft hingehen darf. Die Reparationsforderungen der Sowjetunion sind begründet und gerecht. Ihre Realisierung ist notwendig für die erfolgreiche Lösung des deutschen Problems im Interesse des Friedens und der Sicherheit.

Eine Biographie J. W. Stalins

M. CHARLAMOW

IN DER GÄNZEN WELT sprechen die Menschen, denen die leuchtenden Ideale des Fortschritts und der Demokratie teuer sind, den Namen Generalissimus Josef Wissarionowitsch Stalins mit größter Hochachtung und Liebe aus. Im Bewußtsein der ganzen Menschheit ist der Sieg der neuen sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung auf einem Sechstel des Erdballs mit seinem Namen verbunden. Untrennbar verbunden mit ihm ist die Niederwerfung Hitlerschlands durch das Sowjetvolk und seine Armee unter der genialen Führung Stalins, die Befreiung der Völker Europas vom Joch der deutschen Faschisten und die Rettung der europäischen Zivilisation vor der Vernichtung durch die faschistischen Barbaren.

Die kürzlich erschienene zweite, verbesserte und ergänzte Auflage der kurzen Lebensbeschreibung J. W. Stalins* soll dem riesigen Interesse Rechnung tragen, das die breitesten Kreise der Weltöffentlichkeit dem Leben und der Tätigkeit der größten Persönlichkeit unserer Zeit entgegenbringen.

Josef Wissarionowitsch Stalin wurde am 21. Dezember 1879 in der Stadt Gori, Gouvernement Tiflis, geboren. Seinen aufopfernden Dienst an der Sache der Werktagen begann er vor über einem halben Jahrhundert. In seinen Erinnerungen schreibt J. W. Stalin:

„Der revolutionären Bewegung schloß ich mich im Alter von 15 Jahren an, als ich mit den illegalen Gruppen russischer Marxisten in Verbindung trat, die damals in Transkaukasien lebten. Diese Gruppen hatten großen Einfluß auf mich und brachten mir Geschmack an der illegalen marxistischen Literatur bei.“

Schon in seinen Jugendjahren studierte J. W. Stalin die Schriften von Marx und Engels und machte sich mit den Werken Lenins bekannt. Er arbeitete viel und ausdauernd an seiner Bildung. Der theoretische Interessenkreis des jungen Revolutionärs war sehr ausgedehnt, er studierte

* Josef Wissarionowitsch Stalin, Kurze Lebensbeschreibung. Zweite, verbesserte und ergänzte Auflage, herausgegeben von G. F. Alexandrow, M. R. Galaktionow, W. S. Krushkow, M. B. Mitin, W. D. Motschalow, P. N. Pospelow. Marx-Engels-Lenin-Institut beim ZK der KPdSU(B). Staatsverlag für politische Literatur, Moskau 1947 russ.

Philosophie, politische Ökonomie, Geschichte und Naturwissenschaften und las die Klassiker der schönen Literatur.

Seine hervorragenden Fähigkeiten, seine umfassende und vielseitige Bildung, sein großes Organisationstalent und seine stürmische revolutionäre Tätigkeit machten J. W. Stalin schon in jungen Jahren zu einem der bedeutendsten Führer der sozialdemokratischen Organisationen Leninscher Richtung in Transkaukasien.

Schon damals, Ende der neunziger Jahre, machten die Schriften Lenins auf J. W. Stalin einen außerordentlich tiefen Eindruck. Von Anbeginn seiner revolutionären Tätigkeit sah er in Lenin den Führer und Lehrer. Als im Dezember 1900 die Leninsche „Iskra“ herauskam, stellte sich J. W. Stalin völlig auf ihren Standpunkt. In der „Kurzen Lebensbeschreibung“ heißt es hierüber:

„Stalin war von grenzenlosem Glauben an Lenins revolutionären Genius erfüllt und ging den Weg Lenins. Er ist von diesem Wege niemals abgewichen und führt nach dem Tode Lenins dessen Werk kühn und sicher fort.“ (S. 13/14.)

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts reifte in Rußland die Revolution gegen den durch und durch verfaulten Zarismus heran. Die damaligen Machthaber hatten das Land in eine Sackgasse geführt. Rußland war technisch und ökonomisch rückständig und war im höchsten Grade von ausländischen Kapitalisten abhängig gemacht worden, es stand vor einer drohenden Katastrophe, vor dem Verlust der nationalen Selbständigkeit. Der Weg zur Rettung bestand für seine Völker im Sturz der Macht der bankrotten Ausbeuterklassen und in der Aufrichtung der Macht der Werktagen, in der Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Um eine so große, welthistorisch bedeutende Aufgabe wie die Vernichtung des Ausbeuter- systems und die Schaffung einer neuen sozialistischen Gesellschaft zu erfüllen, bedurfte es einer revolutionären Partei, die das Volk zum Aufstand aufrütteln und ihm dann den Weg des großen Aufbaus weisen konnte.

Eine solche Partei wurde von Lenin und Stalin geschaffen. Es war eine starke, festgefügte revolutionäre Partei, die Partei der Bolschewiki

Sie erwarb sich die Liebe und Anerkennung des ganzen Volkes durch ihren entschlossenen Kampf gegen den Zarismus und die Gutsbesitzer- und Kapitalistenordnung und durch die geschickte Bewerkstelligung der großen sozialen und ökonomischen Umgestaltungen unseres Landes.

Die Satrapen des Zaren erkannten in J. W. Stalin bald einen Revolutionär, der ihnen äußerst gefährlich war. Er wurde unaufhörlich verfolgt. Verhaftungen, Gefängnisstrafen und Verbannungen in weit abgelegene Gegen- den folgten aufeinander. In den elf Jahren von 1902 bis 1913 wurde J. W. Stalin siebenmal verhaftet und sechsmal verbannt. Nichts aber konnte seiner stürmischen revolutionären Tätigkeit Einhalt gebieten. Er leitete die bolschewistischen Organisationen Transkaukasiens, leistete eine kolossale organisatorische und propagandistische Arbeit, redigierte illegale und legale bolschewistische Zeitungen Transkaukasiens (in Tiflis und später in Baku) und schrieb Broschüren und Artikel, in denen er die theoretischen Grundprinzipien der marxistischen Partei vertrat und weiterentwickelte. Hierüber heißt es:

„In diesen Artikeln tritt Stalin als talentvoller Polemiker hervor, als außerordentlich starke literarische und theoretische Kraft der Partei, als politischer Führer des Proletariats, als treuer Anhänger Lenins.“ (S. 25.)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1911 verlegte J. W. Stalin seine Tätigkeit nach Petersburg. In der Hauptstadt schweißte er die bolschewistischen Organisationen zusammen und konsolidierte sie, er bereitete die Herausgabe der zur Massenverbreitung bestimmten bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“ vor, redigierte sie und leitete die Wahlkampagne der bolschewistischen Partei anlässlich der Wahlen zur Staatsduma. Damals wurde J. W. Stalin zweimal verhaftet (im September 1911 und im April 1912). Zweimal floh er aus der Verbannung und kehrte illegal nach Petersburg zurück.

Am 23. Februar 1913 verhafteten die zaristischen Gendarmen J. W. Stalin wieder, und da eine neue Flucht befürchtet wurde, verbannte man ihn in die abgelegene Region Turuchansk, unmittelbar an den Polarkreis.

Im Dezember 1916 erhielt J. W. Stalin einen Gestellungsbefehl und wurde auf dem Etappen- wege in die Stadt Krasnojarsk, von dort aus dann in die Stadt Achtchinsk geschickt, wo ihn die Kunde von der Februarrevolution erreichte.

„Am 12. März 1917 ist Stalin, der allen Unbilden der Turuchansk Verbannung mutig

Trotz geboten hatte, wieder in Petrograd, der revolutionären Hauptstadt Rußlands.“ (S. 57.)

Als nächster Schüler und Gefährte des großen Lenin spielte J. W. Stalin eine hervorragende Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung der sozialistischen Oktoberrevolution, die den Grundstein zum Sowjetstaat legte und im Leben der Völker unseres Landes und der ganzen Welt eine neue Epoche eröffnete.

Der junge Sowjetstaat übernahm von den alten Herren Rußlands — dem Zaren, den Gutsbesitzern und Kapitalisten — ein drückendes Erbe. Das ruinierte, verelendete Land besaß keine genügend entwickelte Schwerindustrie, das Verkehrs- wesen war zerrüttet, die auch vor dem Krieg schon rückständige Landwirtschaft lag darnieder. In den ersten Jahren seines Bestehens mußte der Sowjetstaat seine Existenzberechtigung unter unendlich schweren Bedingungen gegen die ausländischen Interventen und die innere Konterrevolution mit bewaffneter Hand verteidigen.

Das Buch schildert die hervorragende Rolle J. W. Stalins während der ersten Jahre der Sowjetmacht, in der Periode des Bürgerkriegs. Auf Weisung Lenins erledigte J. W. Stalin damals die verantwortlichsten Aufgaben. Er war der Schöpfer der wichtigsten strategischen Pläne und leitete die entscheidenden Kampfoperationen. Die heroische Epopée der Verteidigung Zarizyns, die Liquidierung der militärischen Katastrophe bei Perm, die Zurückschlagung der Weißgardisten Judenitschs und die Rettung Petrograds, die Zerschmetterung der Denikin-Armeen im Süden, die Organisierung der Offensive gegen die weißen Polen, die Verteidigung der Südukraine gegen Wrangel und seine planvolle Vernichtung, alle diese bedeutendsten Siege unserer Armee in jenen Jahren waren von J. W. Stalin organisiert.

„Stalin war die Hauptstütze Lenins bei der Organisierung und Leitung der Verteidigung des Sowjetlandes.“ (S. 80/81.)

Die Heerhaufen der Interventen wurden aus dem Lande vertrieben, die innere Konterrevolution niedergeschlagen. Die Partei der Bolschewiki unter der Führung Lenins und Stalins organisierte den Übergang des Landes zum friedlichen Wirtschaftsaufbau. Eine gigantische Aufgabe — die Umgestaltung des Landes auf sozialistischer Grundlage — war zu bewältigen. Das war ein ungewöhnlich schwieriges Beginnen, für das die Geschichte bis dahin keinen Präzedenzfall kannte. Ein von vielen Nationalitäten bevölkertes Land war zu einem einheitlichen Ganzen

zusammenzufügen, der Sowjetstaat zu festigen, das ökonomische Fundament des Sozialismus zu legen, die sozialen Beziehungen umzugestalten, Kultur und Wissenschaft auf ein höheres Niveau zu heben und alle ihre Segnungen dem Volke zugänglich zu machen.

Bald darauf schied der große Lenin aus unserer Mitte. Das war ein ungeheurer Verlust für die Partei der Bolschewiki und das Volk. In der folgenden Periode lag die Führung der bolschewistischen Partei und des ganzen Sowjetvolkes bei der Umwandlung Rußlands in ein sozialistisches Land in den Händen J. W. Stalins. Von den Vermächtnissen Lenins ausgehend, arbeitete er ein allseitiges Programm aus, das den epochemachenden Umgestaltungen zugrunde gelegt wurde, er war der Inspirator und Organisator der großen Arbeiten an der Erfüllung dieses Programms. Ohne Hilfe von außen, durch die Bemühungen des von der Partei der Bolschewiki geführten Sowjetvolkes selbst wurden die kühnen Industrialisierungspläne in die Praxis umgesetzt; Millionen zersplitterter Kleinbauernwirtschaften wurden zu großen Kollektivwirtschaften zusammengefaßt. Die gesamte Volkswirtschaft des Landes wurde auf die feste Grundlage der Planwirtschaft gestellt. Welche Rolle J. W. Stalin bei der Organisierung der Planwirtschaft in der Sowjetunion gespielt hat, geht klar und deutlich aus der Tatsache hervor, daß die Volksmassen den volkswirtschaftlichen Fünfjahrplänen seinen Namen gegeben haben. Das ganze Land nennt sie die „Stalinschen Fünfjahrpläne“.

Die Partei der Bolschewiki schüttelte die Kapitalisten und Kleinmütigen ab, die die sozialistische Umgestaltung des Landes zu vereiteln suchten. Im Kampf um den Sieg des Sozialismus formierte sich endgültig der führende Kerntrupp der bolschewistischen Partei,

„...der das große Banner Lenins hochhielt, die Partei um die Vermächtnisse Lenins zusammenschloß und das Sowjetvolk auf den breiten Weg der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft führte. Der Leiter dieses Kerntrupps und der führende Mann in Partei und Staat war Genosse Stalin.“ (S. 105.)

Die Sowjetunion erfüllte den ersten und zweiten Stalinschen Fünfjahrplan mit Erfolg. Die Volkswirtschaft erhielt die modernste technische Ausstattung der Welt. Unter unmittelbarer Leitung J. W. Stalins wurde eine gigantische Arbeit geleistet, um das Land maschinell auszurüsten und technisch qualifizierte Arbeitskräfte heranzubilden, die die neuen Maschinen meistern können.

Die Stalinschen Fünfjahrpläne haben das Antlitz der Sowjetunion radikal verändert. Das Agrarland wurde zu einem Industrieland, das über alle neuzeitlichen Industriezweige und über eine auf der ganzen Linie mit Maschinen ausgerüstete Großlandwirtschaft verfügt. Die Schaffung von zehntausenden Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungsinstituten bedeutete eine wahre Kulturrevolution. Mit dem Sieg des Sozialismus in Stadt und Dorf hat sich auch die klassenmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung verändert. Die Ausbeuterklassen sind verschwunden, eine enge moralische und politische Einheit der Arbeiter, Bauern und Sowjetintellektuellen wurde geschaffen, wie sie unter den Bedingungen des kapitalistischen Systems undenkbar ist. Organisator und Inspirator der gigantischen Siege des Sozialismus ist J. W. Stalin.

Wie in der „Kurzen Lebensbeschreibung“ hervorgehoben wird, ist es Stalins großes Verdienst, daß er von allem Anbeginn der Industrialisierung des Sowjetlandes und der Kollektivierung seiner Landwirtschaft

„...die Frauenfrage, die Frage nach der Stellung der Frau, nach der Frauenarbeit, nach der außerordentlich wichtigen Rolle der Arbeiterinnen und Bäuerinnen im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben der Gesellschaft in ihrem ganzen Umfang aufrollte, ihre Bedeutung gebührend hervorhob und sie richtig löste.“ (S. 120.)

Die Sowjetrevolution hat zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit auf allen Gebieten des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens unseres Landes der Frau die faktische Gleichberechtigung mit dem Mann gebracht und Hunderttausende werktätiger Frauen im Staat und im öffentlichen Leben auf führende Posten aufrücken lassen.

Im Jahre 1936 wurde auf Vorschlag J. W. Stalins vom Außerordentlichen VIII. Sowjetkongreß der UdSSR die neue Verfassung der Sowjetunion, die demokratischste Verfassung der Welt, beschlossen. Sie war der gesetzgeberische Ausdruck der Tatsache, daß in unserem Lande der Sozialismus bereits errungen ist, d. h. daß das erreicht ist, wovon Millionen Menschen in anderen Ländern nur träumen können. Die neue Sowjetverfassung ist deshalb von gewaltiger internationaler Bedeutung, weil sie ein Anklageakt gegen den Faschismus war, der davon zeugt, daß Sozialismus und Demokratie unbesiegbar sind.

In der Sowjetunion ist zum erstenmal in der Weltgeschichte eine richtige Lösung der Nationalitätenfrage gefunden worden. Die Stalinsche

Verfassung gewährleistet allen Völkern, unabhängig von Rasse und Hautfarbe, gleiche Rechte. J. W. Stalin entlarvte die reaktionäre Legende, die die Völker in Herrenrassen und Untermenschen teilt. Er sagte:

„Eines der wichtigsten Ergebnisse der Oktoberrevolution ist die Tatsache, daß sie dieser Legende den Todesstoß versetzt hat, indem sie in der Praxis zeigte, daß die befreiten, nichteuropäischen Völker, in den Strom der Sowjetentwicklung einbezogen, nicht minder als die europäischen Völker befähigt sind, eine wirklich fortschrittliche Kultur und eine wirklich fortschrittliche Zivilisation zu entwickeln.“

Die Konsolidierung des Sowjetstaats, die Schaffung der sozialistischen Gesellschaft, die erfolgreiche Lösung jahrhundertealter Probleme wie die Beseitigung der nationalen Unterdrückung und die Herstellung einer wahren nationalen Gleichheit und Freundschaft der Völker, die Liquidierung der Gebrechen der alten Gesellschaft — Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die furchtbare Geißel der werkaktiven Massen, Krisen und Arbeitslosigkeit — zeigten die Lebensfähigkeit der sozialistischen Ordnung und ihre Überlegenheit über das kapitalistische System.

Die Erfolge des Sozialismus in der Sowjetunion versetzten die Imperialisten in schäumende Wut. Sie erkannten in der Sowjetunion ein Hindernis für ihre Aggressionspläne, die auf eine Neuauftteilung der Welt gerichtet waren.

Wie sich 1937 in den Prozessen gegen die Bucharin- und Trotzkibande, die aus im Solde der Nachrichtendienste fremder Staaten stehenden Spionen, Schädlingen und Mörtern bestand, ergeben hat, hatte sich diese Bande, dem Willen ihrer imperialistischen Herren folgend, von den ersten Tagen der Sowjetrevolution an

„... das Ziel gesetzt, die Partei und den Sowjetstaat zu zerstören, die Landesverteidigung zu untergraben, die auswärtige Intervention zu begünstigen, die Niederlage der Roten Armee vorzubereiten, die Sowjetunion zu zerstücken, sie in eine Kolonie des Imperialismus zu verwandeln und die kapitalistische Sklaverei in der Sowjetunion wiederherzustellen.“ (S. 159.)

J. W. Stalin lehrte die Kommunistische Partei und das gesamte Sowjetvolk, den Volksfeinden, den Spionen und Verrätern die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Wespennester der Spione und Zerstörungsagenten wurden von der Sowjetmacht ausgehoben.

Der zweite Weltkrieg nahte. J. W. Stalin erkannte als erster die faschistische Gefahr, die den Frieden bedrohte. Schon 1934 wies er darauf hin, daß die Wirtschaftskrise, die die kapitalistische Welt erschütterte und in einer Reihe von Staaten — besonders in Deutschland, wo die Hitlerfaschisten die Macht ergriffen hatten — zu fieberhaften Kriegsvorbereitungen führte, für die Völker verhängnisvolle Folgen haben mußte. In einer Reihe von Ländern gingen die Kriegsvorbereitungen mit der Vernichtung der elementaren demokratischen Freiheiten Hand in Hand. J. W. Stalin enthüllte die Pläne der Brandstifter des zweiten Weltkriegs und sagte die verheerenden Folgen dieses Krieges für die Initiatoren und Inspiratoren der Aggression selbst voraus.

Angesichts des herannahenden Krieges definierte J. W. Stalin die Außenpolitik der Sowjetunion ihrem Wesen nach als eine Politik des Kampfes für den Frieden. Er sagte:

„Unsere Außenpolitik ist klar. Sie ist eine Politik, die die Erhaltung des Friedens und die Verstärkung der Handelsbeziehungen mit allen Ländern anstrebt. Die Sowjetunion denkt nicht daran, irgend jemand zu bedrohen, und erst recht nicht, irgend jemand zu überfallen. Wir sind für den Frieden und verteidigen die Sache des Friedens. Aber wir fürchten keine Drohungen und sind bereit, auf einen Schlag der Kriegshetzer mit einem Gegenschlag zu antworten. Wer den Frieden will und sachliche Beziehungen mit uns anstrebt, wird stets bei uns Unterstützung finden. Denjenigen aber, die versuchen sollten, unser Land zu überfallen, wird eine vernichtende Abfuhr zuteil werden, damit ihnen in Zukunft die Lust vergehe, ihre Schweineschnauze in unseren Sowjetgarten zu stecken.“

Inzwischen aber wurde die internationale Lage immer gespannter. Das frühere Nachkriegssystem der Friedensverträge von Versailles und Washington brach zusammen. Es wurde von den zwei hauptsächlichen imperialistischen Aggressorstaaten, Deutschland und Japan, vernichtet, die vor den Augen der ganzen Welt den Krieg entfesseln.

„Der Krieg beeinträchtigte immer mehr die Interessen der nichtaggressiven Staaten, vor allem Englands, Frankreichs und der USA. Die Regierungen dieser Länder leisteten jedoch den Aggressoren keinen gehörigen Widerstand. Sie sagten sich von der Politik der kollektiven Sicherheit los und bezogen eine Position der „Neutralität“, eine Position der Nichteinmischung. Die Nichteinmischungspolitik bedeutete eine Duldung der Aggression, eine

Entfesselung des Krieges. Die Inspiratoren des berüchtigten „Münchener Abkommens“, die Machthaber Englands und Frankreichs, Chamberlain und Daladier, wollten die Aggression des deutschen Faschismus gegen den Osten, gegen die Sowjetunion kehren.

Genosse Stalin enthüllte die gegen die Sowjetunion gerichteten Machenschaften der Kriegsbrandstifter, die behaupteten, die Münchener Zugeständnisse an die Aggressoren und das Münchener Nichteinmischungskommen seien der Beginn einer neuen Ära der „Befriedung“. Genosse Stalin wies warnend darauf hin, daß „das große und gefährliche politische Spiel, das die Anhänger der Nichteinmischungspolitik begonnen haben, für sie mit einem ernsten Fiasko enden kann.“ (S. 166/67.)

Der im Sommer 1939 von der Sowjetunion unternommene Versuch, die faschistische Aggression durch Organisierung eines kollektiven Widerstandes im Zaum zu halten, schlug fehl, weil die englischen und französischen Diplomaten gegenüber der Sowjetunion ein unehrliches Spiel spielten.

Als die Sowjetregierung erkannte, daß die regierenden Kreise Englands und Frankreichs nicht mit der Sowjetunion für den Frieden kämpfen wollten, mußte sie an die Sicherheit unseres Landes denken. Durch den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit Deutschland vermochte sie die in der damaligen Situation so notwendige friedliche Atempause um anderthalb Jahre zu verlängern. Diese Zeitspanne wurde zur weiteren Stärkung der Wehrfähigkeit unseres Landes und zur Vorbereitung der Kräfte für den Widerstand gegen den Feind ausgenutzt.

Die Hitlerfaschisten stießen bei den meisten westeuropäischen Ländern, in denen die Völker durch den Verrat ihrer Herrscher demoralisiert waren, auf keinen ernstlichen Widerstand und errangen leichte Siege über sie. Das faschistische Deutschland stellte alle Ressourcen des besetzten Westeuropas in den Dienst seiner Eroberungspläne und verübte im Juni 1941 seinen räuberischen Überfall auf die Sowjetunion, in der es das Haupthindernis auf dem Wege zur Weltherrschaft erblickte.

In der schweren Zeit, die unser Land durchmachte, zeigten sich erst so recht die segensreichen Früchte der Stalinschen Politik, die einerseits in der Industrialisierung des Landes und der Kollektivierung der Landwirtschaft, andererseits in der Festigung der moralischen und politischen Einheit des Sowjetvolkes bestand.

Der Verlauf des Krieges ist der ganzen Welt

in Erinnerung. Alle Hoffnungen der freiheitliebenden Völker richteten sich auf die Sowjetunion. Obwohl der Krieg unter für uns ungünstigen Umständen begann, zweifelten das Sowjetvolk und seine von J. W. Stalin geführte Regierung nicht am Endsieg über den Feind.

„Bei Bestimmung der Ziele des Krieges der Sowjetunion gegen das faschistische Deutschland wies Genosse Stalin darauf hin, daß dieser Krieg ein großer Krieg des ganzen Sowjetvolkes gegen die faschistischen deutschen Truppen ist. Ziel dieses Vaterländischen Krieges des ganzen Volkes ist nicht nur die Liquidierung der über unserem Lande heraufgezogenen Gefahr, sondern auch die Hilfeleistung an alle Völker Europas, die unter dem Joch des deutschen Faschismus ächzen.“

Genosse Stalin sagte prophetisch voraus, daß das Sowjetvolk in diesem Befreiungskrieg nicht allein bleiben wird. „Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratischen Freiheiten. Dies wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten.“

Diese Voraussage des Genossen Stalin hat sich in der Praxis vollauf bestätigt.“ (S. 185/86.)

Während des Krieges gegen das faschistische Deutschland leitete J. W. Stalin die Kampfhandlungen der Sowjetstreitkräfte und die wirtschaftliche und organisatorische Arbeit im Hinterland. Die deutschen Heerhaufen wurden erst zum Stehen gebracht und dann geschlagen. Die Sowjettruppen verwirklichten den strategischen Plan Stalins, vertrieben den Feind aus unserem Land und verlegten den Krieg auf fremdes Territorium. Die Sowjettruppen befreiten Polen und die Tschechoslowakei und halfen Jugoslawien befreien. Die Verbündeten Hitlerdeutschlands — Rumänien, Finnland, Bulgarien — streckten unter den Schlägen der Sowjettruppen die Waffen und kehrten sie dann gegen Deutschland. Schon vorher sprang Italien von Hitlers Wagen ab. Die Hitlerkoalition zerfiel. Deutschland war fast völlig isoliert. In dem vorliegenden Buch heißt es:

„In der entstandenen militärischen Situation war es klar, daß die Sowjetunion ohne die Hilfe der Alliierten, aus eigenen Kräften imstande ist, ganz Deutschland zu besetzen und auch Frankreich zu befreien. Der damalige englische Premierminister Churchill, der sich

bis dahin der Eröffnung der zweiten Front in Europa widergesetzt hatte, sah sich unter diesen Umständen veranlaßt, die Invasion nach Westeuropa zu bewerkstelligen. Im Juni 1944 unternahmen die Alliierten mit Erfolg eine große Truppenlandung in Nordfrankreich.

Wie Genosse Stalin vorausgesehen hatte, war Hitlerdeutschland zwischen zwei Fronten in eine Zange genommen.“ (S. 214.)

Die Sowjettruppen brachen den hartnäckigen Widerstand des Feindes, erstürmten Berlin und hissten dort das Siegesbanner. Deutschland kapitulierte. Der Krieg in Europa war zu Ende.

Die Sowjetunion schaltete sich auf Wunsch der Alliierten und ihrer Verbündetenpflicht getreu in den Krieg gegen den japanischen Aggressor ein. Nachdem die Sowjetunion in den Krieg gegen Japan eingetreten war und die Sowjetarmee den besten und stärksten Teil der japanischen Streitkräfte, die Kwantungarmee in der Mandschurei, rasch geschlagen hatte, wurde der weitere Widerstand Japans sinnlos, und so kapitulierte es. Der zweite Weltkrieg endete mit der Vernichtung der beiden bedeutendsten Herde der Weltaggression. In dem Buch heißt es:

„Als ein großes Verdienst des Genossen Stalin vor der Heimat muß die Tatsache betrachtet werden, daß er es verstanden hat, im Verlauf des Vaterländischen Krieges neue führende militärische Kader auszusuchen, sie zu erziehen und auf verantwortliche Posten zu stellen. Auf den Schultern dieser Kader ruhte die ganze Last des Krieges gegen Deutschland und seine Verbündeten.“ (S. 220.)

Unter der Führung J. W. Stalins hat das Sowjetvolk eine beispiellose Heldentat vollbracht. Die Hoffnungen der vom Faschismus versklavten Völker, die Hoffnungen der ganzen Menschheit sind in Erfüllung gegangen. Die Sowjetunion hat ihre große Befreiungsmission in Ehren erfüllt und allen anderen Völkern durch ihr festes Zusammenhalten, ihre Selbstverleugnung und ihre Fähigkeiten im Kampf gegen fremdländische Erreger ein Vorbild geliefert.

An der Spitze der Sowjetstreitkräfte stehend, lenkte J. W. Stalin während des Krieges nach wie vor die Außenpolitik unseres Landes.

„Infolge der weisen Stalinschen Außenpolitik scheiterten die Versuche des Feindes, zwischen den zur Niederwerfung Hitlerdeutschlands verbündeten Großmächten Zwietracht zu säen.“ (S. 209.)

J. W. Stalin nahm persönlich an den wichtigsten internationalen Beratungen der Kriegszeit teil. Er führte die zu den Konferenzen in Teheran, Jalta und Berlin entsandte Sowjetdelegation.

„Genosse Stalin fand vorbildliche wissenschaftliche Lösungen für die Probleme der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik der Sowjetunion unter den Verhältnissen der Kriegs- und der Nachkriegszeit. Genosse Stalin entwickelte ein konkretes praktisches Programm, welche Maßnahmen zu ergreifen und welche Politik zu betreiben ist, um das staatliche, ökonomische und kulturelle Leben der europäischen Völker nach dem Sieg über das faschistische Deutschland zu organisieren und wiederherzustellen.“ (S. 232/33.)

Als der Krieg noch in vollem Gange war, formulierte J. W. Stalin die wichtigsten Prinzipien des Aktionsprogramms der Antihitlerkoalition folgendermaßen: Beseitigung der Sonderstellung einer Rasse, Gleichberechtigung der Nationen und Integrität ihrer Territorien; Befreiung der versklavten Nationen und Wiederherstellung ihrer souveränen Rechte; Berechtigung jeder Nation, sich ihr Leben nach eigenem Wunsch einzurichten; Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten.

Dieses Programm wurde zum Kampfbanner der vom Hitlerfaschismus versklavten Völker.

Die Stalinsche Außenpolitik trug während des Krieges zur Stärkung der englisch-sowjetisch-amerikanischen Koalition und zur Verwirklichung der geplanten gemeinsamen Kriegshandlungen bei.

Damals, noch während des Krieges, definierte J. W. Stalin eine äußerst wichtige Nachkriegsaufgabe im Rahmen der internationalen Beziehungen. Er sagte:

„Die Aufgabe besteht nicht nur darin, den Krieg zu gewinnen, sondern auch darin, die Entstehung einer neuen Aggression und eines neuen Krieges wenn nicht für immer, so doch wenigstens für einen langen Zeitraum unmöglich zu machen.“

Die freiheitliebenden Völker, die ungeheure Opfer gebracht und im Krieg gegen Hitlerdeutschland viel Blut vergossen haben, wollen einen dauerhaften Frieden, sie wollen Sicherheit. Der ungewöhnlich grausame Krieg hat die Volksmassen vieles gelehrt und ihr politisches Bewußtsein geschärft. Millionen einfacher Menschen finden sich jetzt in der Politik ihrer Regierungen besser zurecht als früher und werden nicht zulassen, daß die Probleme der Nachkriegsgestaltung der Welt gelöst werden, ohne daß man ihre Interessen und Wünsche berücksichtigt.

Ein mächtiger Friedensfaktor ist der große Sowjetstaat, der in internationalen Fragen eine erstrangige Rolle spielt. Die Sowjetunion ist der konsequente Vorkämpfer einer gerechten demo-

kratischen Gestaltung der Welt, der Vorkämpfer der Völkersicherheit. Die Friedenspolitik der Sowjetunion, die die gerechte Sache der freiheitliebenden Völker gegen jeden beliebigen Aggressor zu verteidigen vermag, entspricht den Wünschen der einfachen Menschen in der ganzen Welt und findet in den Ländern der fortschrittlichen Demokratie die Unterstützung des Staates. Unter solchen Umständen ist eins klar: mag der Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden auch noch so schwer sein, es sind doch Möglichkeiten für einen solchen Frieden vorhanden, besonders nach der völligen Niederwerfung Deutschlands und Japans, die bis vor kurzem die beiden größten Herde des Faschismus und der Aggression waren.

Schon 1944 wies J. W. Stalin darauf hin, daß die Sicherheit der ganzen Welt

„gewährleistet werden kann, wenn die Großmächte, auf deren Schultern die Hauptlast des Krieges gegen Hitlerdeutschland geruht hat, auch weiterhin im Geiste der Einmütigkeit und des Einvernehmens vorgehen werden. Die betreffenden Maßnahmen werden unwirksam sein, wenn diese notwendige Voraussetzung beeinträchtigt wird.“

Nur durch koordinierte Zusammenarbeit kann der Sieg über Deutschland und Japan mit Erfolg und zuverlässig verankert werden. Das muß man jetzt im Auge haben, zu einer Zeit, wo die Kriegsbrandstifter alles daransetzen, um die

Nachkriegszusammenarbeit der Großmächte zu stören.

Mit dem Namen J. W. Stalins — dieses zielbewußtesten Kämpfers für Frieden und Völkerfreundschaft — verbindet die fortschrittliche Menschheit ihr Streben nach einem lang andauernden, stabilen Frieden, ihr Streben nach Sicherheit. Das Sowjetvolk ist überzeugt, daß es unter der Leitung seines Führers und Lehrers Josef Wissarionowitsch Stalin die im Krieg empfangenen Wunden erfolgreich heilen und unser Land mächtiger und reicher machen wird denn je.

Das Buch über J. W. Stalin schließt mit den treffenden Worten W. M. Molotows, in denen die Gefühle aller Sowjetbürger zum Ausdruck kommen:

„Es ist unser Glück, daß in den schweren Kriegsjahren die Rote Armee und das Sowjetvolk von dem weisen und erprobten Lenker der Sowjetunion, dem großen Stalin, geführt wurde. Mit dem Namen Generalissimus Stalins werden die ruhmvollen Siege unserer Armee in die Geschichte unserer Heimat und in die Weltgeschichte eingehen. Unter der Leitung Stalins, dieses großen Führers und Organisators, haben wir jetzt den friedlichen Aufbau in Angriff genommen, um die Kräfte der sozialistischen Gesellschaft zur vollen Blüte zu bringen und die besten Hoffnungen unserer Freunde in der ganzen Welt zu rechtfertigen.“

Noch einmal über die Frage der deutschen Reparationen

Prof. G. SLAWJANOW

Die VERTRETER Englands und der USA haben sich in der Anfangsphase der Erörterungen über die Reparationsfrage auf der Moskauer Tagung des Außenministerrats bekanntlich nicht mit der Summe der Reparationsforderungen der Sowjetunion einverstanden erklärt, da sie diese Summe für zu groß halten. Inspirierte Organe der englischen und der amerikanischen Presse versuchen in ihrer Stellungnahme gegen die Forderungen der Sowjetunion zu beweisen, nur die Sowjetunion sei an deutschen Reparationen interessiert, während weder die USA noch Großbritannien noch auch Frankreich danach strebten, Reparationen zu erlangen.

Entsprechen derartige Behauptungen der Wahrheit, d. h. nehmen die USA, Großbritannien und Frankreich in der Reparationsfrage wirklich den Standpunkt von Leuten ein, die keinen Pfennig für sich verlangen?

Die Tatsachen zeigen, daß dem in Wirklichkeit bei weitem nicht so ist. Die USA, Großbritannien und Frankreich haben jede Möglichkeit, sich Reparationen auf Kosten Deutschlands zu verschaffen, voll ausgenutzt und tun das auch weiter. Angestellte Berechnungen zeigen das Folgende.

Eine der Hauptquellen der Reparationen, die die USA, Großbritannien und Frankreich sich zu verschaffen wissen, sind die deutschen Kapitalinvestitionen und Guthaben im Ausland.

Die Presse hat bereits mitgeteilt, daß die deutschen Auslandsguthaben auf nicht weniger als 5 Milliarden Dollar geschätzt werden. Zu dieser Schätzung gelangt auch Russel Nixon, der ehemalige Direktor der Untersuchungsabteilung betr. deutsche Kartelle und deutsches Auslandseigentum bei der amerikanischen Militärregierung. Nixon gibt die Summe der deutschen Guthaben nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig an. Wir wollen einige Illustrationen anführen. In den USA belaufen sich die deutschen Auslandsguthaben auf mehr als 1 Milliarde Dollar. In Kanada erreichen die Guthaben der feindlichen Länder, wie Staatssekretär Paul Joseph Martin erklärt hat, insgesamt 1 Milliarde Dollar, und der größte Teil davon entfällt auf Deutschland. Von weiteren deutschen Auslandsguthaben befinden sich in der Schweiz nach den einen Angaben

700 Millionen, nach anderen rund 1,25 Milliarden Dollar, in den lateinamerikanischen Ländern etwa 700 Millionen Dollar (Mitteilung der „New York Times“), in Spanien über 220 Millionen Dollar, in Portugal 45 Millionen Dollar, in der Türkei 50 Millionen Dollar, in der Baseler Bank für internationale Zahlungsausgleich 50 Millionen Dollar, in Großbritannien 152 Millionen Dollar (nach Angaben des Interalliierten Reparationsbüros) bzw. mehr als 300 Millionen Dollar (anderen Angaben zufolge).

Es gibt auch andere Möglichkeiten, den Umfang der deutschen Auslandsguthaben zu bestimmen. In der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurden von deutschen Besitzern 189 000 Deklarationen über Auslandsvermögen eingereicht, die sich auf die Gesamtsumme von 5 Milliarden Mark belaufen. In der amerikanischen, der englischen und der französischen Zone sowie in Groß Berlin sind 1 Million derartige Erklärungen abgegeben worden. Nimmt man für die Westzonen den gleichen Durchschnittswert je Deklaration an wie in der Sowjetzone, so kann man die Gesamtsumme der deutschen Investitionen und Vermögenswerte im Ausland auf 30 Milliarden Mark ansetzen, was nach dem Vorkriegskurs der Mark 12 Milliarden Dollar ergibt. Zieht man das Vermögen der aus Polen und der Tschechoslowakei ausgesiedelten Deutschen von dieser Summe ab und berücksichtigt man die Gedenkwertung, die sich auf einen Teil der deutschen Guthaben ausgewirkt hat, so kann die reale Summe der Kapitalinvestitionen und Vermögenswerte im Ausland auf mindestens 6 bis 7 Milliarden Dollar bestimmt werden.

Die Pariser Konferenz der Reparationsgläubiger Deutschlands hat bekanntlich im Dezember 1945 festgesetzt, daß die USA und Großbritannien je 28 Prozent aller deutschen Auslandsguthaben erhalten, Frankreich 16 Prozent. Folglich erhalten die drei genannten Länder 72 Prozent aller deutschen Auslandsguthaben (mit Ausnahme derjenigen Länder, wo die deutschen Guthaben an die Sowjetunion übergehen).

Nimmt man also die Summe der deutschen Kapitalanlagen im Ausland auch nur mit 6 Milliarden Dollar an, so erhalten die USA, Groß-

britannien und Frankreich ungefähr 4,5 Milliarden Dollar.

Einen zweiten sehr wichtigen Reparationsartikel, den die USA und Großbritannien erhalten, stellen die deutschen Patente dar. Es ist bekannt, daß die deutsche Zeitung „Tribüne“ vom 16. Januar 1947 die 200 000 deutschen Patente, die in die Hände der USA und Großbritanniens geraten sind, und das deutsche Gold auf 5 Milliarden Dollar einschätzt.

Wie werden die deutschen Patente abgeschätzt? Alljährlich wurden in Deutschland etwa 30 000 Patente erteilt. Geht man von den Aufwendungen für wissenschaftliche Forschungsarbeiten in Deutschland aus, so kann man annehmen, daß sie sich je Patent durchschnittlich auf 40 000 bis 45 000 Mark belaufen. Im ganzen kann der Wert der Patente nicht geringer sein als die für sie gemachten Aufwendungen. Folglich kann man den Wert der von den USA und Großbritannien angeeigneten 200 000 Patente mindestens auf etwa 8 bis 9 Milliarden Mark oder über 3 Milliarden Dollar ansetzen. Außerdem haben die amerikanischen und britischen Behörden Massen von Dokumenten über neueste deutsche Herstellungsverfahren, technische Rezepte usw. für sich nutzbar gemacht.

Die USA-Zeitschrift „Steel“ erklärt, die Ausnutzung der Kenntnisse und Erfahrungen der Deutschen allein auf dem Gebiet der Erforschung des Raketenantriebs habe den amerikanischen Steuerzahldern 750 Millionen Dollar erspart.

Ebenso groß sind die Bedeutung und der Wert der technischen Rezepte und Dokumente über die neuesten Herstellungsverfahren auch in anderen Industriezweigen. Eine Analyse der vorliegenden Daten zeigt, daß die USA und Großbritannien auf diese Weise mindestens 1,5 Milliarden Dollar erhalten haben.

Am 1. April d. J. teilte France Presse mit, nach Angaben kompetenter Leute hätten die seit 1945 vom Kriegsministerium der USA „importierten“ 300 deutschen Gelehrten und Fachleute, die in verschiedenen wissenschaftlichen Forschungsanstalten Verwendung finden, dem amerikanischen Schatzamt 750 Millionen Dollar erspart.

Entsprechend den Angaben des Interalliierten Reparationsbüros ist derjenige Teil der deutschen Handelsflotte, der von der Dreierkommission Großbritannien und den USA übergeben worden ist, auf Reparationskonto unter den in diesem Büro vereinigten Ländern verteilt worden. Von den insgesamt verteilten 686 334 Tonnen Handelschiffsräums haben die USA, Großbritannien und Frankreich 456 706 Tonnen für sich erhalten. Der Wert der diesen drei Ländern zugefallenen Schiffe

beträgt in Preisen von 1946 19,1 Millionen Pfund Sterling, d. h. mehr als 76 Millionen Dollar.

Ein wesentlicher Reparationsartikel für die USA und Großbritannien ist das deutsche Gold, das sich in ihrer Verfügungsgewalt befindet.

Einer Reutermeldung zufolge haben die Alliierten in Deutschland 220 Tonnen Gold festgestellt und in ihre Hände genommen. Außerdem erhielten sie durch Verhandlungen in der Schweiz 50 Tonnen und in Schweden 7 Tonnen deutschen Goldes.

Der römische Rundfunk hat am 24. August 1946 eine Erklärung des Schatzkanzlers Corbino durchgegeben, in der es hieß, die Dezemberkonferenz in Paris, die das Interalliierte Reparationsbüro eingesetzt hat, habe beschlossen, alles in Deutschland gefundene Gold einem gemeinsamen Fonds zuzuleiten, um es an die Reparationsgläubiger zu verteilen. Italien erhebe seinerseits Ansprüche auf deutsches Gold. Weiter teilte der gleiche Rundfunk mit, es stehe der Abschluß eines Abkommens zwischen Großbritannien und Frankreich bevor, wonach Italien einen Teil des von den alliierten Truppen in Deutschland beschlagnahmten Goldes erhalten soll. Bis jetzt ist jedoch das den amerikanischen und britischen Behörden zur Verfügung stehende Gold unter die Länder, die ein Anrecht darauf haben, nicht verteilt worden.

Es ist also klar, daß das deutsche Gold in das Eigentum der genannten alliierten Länder, die auch jetzt über sein Schicksal verfügen, übergegangen ist.

Außerdem wurden, wie bekanntgeworden ist, bei der deutschen Bevölkerung Gold und Wertsachen im Werte von etwa 270 Millionen Dollar eingezogen.

Auch die Industrieausstattungen der westdeutschen Zonen dienten als Quelle von Reparationen, die Großbritannien, die USA und Frankreich bereits erhalten haben.

Es liegen Meldungen darüber vor, daß Großbritannien aus Industriebetrieben der britischen Zone verschiedene Ausrüstungen, vorwiegend unikale, entnommen hat, ferner die Ausrüstungen wissenschaftlicher Forschungslabore usw. im Werte von rund 70 Millionen Dollar.

Als z. B. die Engländer dringend Trockenbagger für Tagebaue brauchten, montierten sie in deutschen Betrieben eine ganze Partie Bagger ab und schickten sie schleunigst nach England. Im Oktober 1946 wurde ein ganzer mit derartigen Baggern befrachteter Dampfer abgefertigt. Im gleichen Monat trafen 39 mit Baggern beladene Transporter im Hamburger Hafen ein, die zur Weiterbeförderung nach England

bestimmt waren. Nach einem später aufgestellten Fristenplan gingen alle vier Tage 30 bis 35 mit Baggern beladene Transporter ab. Über diesen Exkavatorenexport haben die britischen Behörden selbst im Oktoberbericht des Kontrollrats für 1946 Mitteilung gemacht.

Es bestätigt sich, daß die amerikanischen Behörden in ihrer Besatzungszone Industrieausführungen im Werte von mehr als 76 Millionen Dollar eingezogen haben.

Derartige Einziehungen fanden auch in der französischen Zone statt. Man hat Grund zu der Behauptung, daß der Gesamtwert der eingezogenen Ausrüstungen sich auch in der französischen Zone auf mehrere Dutzend Millionen Dollar beläuft. Insbesondere haben die französischen Behörden das bekannte Bosch-Werk abmontiert und aus Württemberg ins Saargebiet übergeführt.

Weiter erwerben amerikanische, englische und französische Gesellschaften bekanntlich die Aktien deutscher Truste und Konzerne. Die Vereinigte Stahlwerke AG. hat, wie gemeldet wird, Aktien ihrer Düsseldorfer Werke an englische Gesellschaften abgetreten, und der Verkehrskonzern Lassen ist in englisches Eigentum übergegangen. In der amerikanischen Zone ist das Adam-Opel-Automobilwerk in das Eigentum der amerikanischen General Motors übergegangen.

Der amerikanische Anteil an der C. Lorenz AG. ist vergrößert worden. Ein bedeutender Teil der Aktien von Firmen für Telephon- und Telegraphenausrüstungen ist an Amerikaner übergegangen. Es liegen Mitteilungen darüber vor, daß französische Finanz- und Handelsgruppen seit einigen Monaten Aktien deutscher Industrie- und Handelsfirmen aufkaufen, insbesondere im Saargebiet.

* * *

Die Presse Amerikas und Englands behauptet, weder die USA noch Großbritannien erhielten Reparationen aus der laufenden Produktion der deutschen Industrie. Auch die französische Presse leugnet, daß die französischen Behörden in ihrer Besatzungszone irgendwelche Waren aus der laufenden Produktion auf Reparationskonto erhalten.

Demgegenüber gibt es in dem Bericht der britischen Sektion des Kontrollrats für Deutschland vom Juli 1946 die folgende Mitteilung:

„Direkte Reparationen für Frankreich werden in der französischen Zone in Form exportierter Halbfabrikate für Holzhäuser im Werte von je 500 Pfund Sterling vorgenommen. Andere Exportartikel sind Kohle, Holzstoff, Chemikalien und Papier, ferner wird ein Siebtel der Wasserkraft jetzt von Deutschland geliefert.“

„Der Abend“ (Berlin) hat im Dezember 1946 und die Stuttgarter „Wirtschaftszeitung“ am 24. Januar 1947 mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörden der französischen Zone 1946 Waren im Werte von 60 Millionen Dollar nach Frankreich ausgeführt haben, von denen 20 Prozent unentgegnet auf Reparationskonto verbucht wurden. Das gleiche geschah 1945, das gleiche geschieht auch 1947.

Auf Grund der vorliegenden Mitteilungen darf man annehmen, daß Frankreich etwa für 25 Millionen Dollar Waren auf Reparationskonto aus Deutschland ausgeführt hat.

Großbritannien seinerseits hat bedeutende Einnahmen aus dem deutschen Kohlenexport erzielt. Die englischen Behörden, die die deutsche Kohlenförderung mit Besatzungsmark bezahlen, exportieren und realisieren die gewonnenen Kohlen in anderen Ländern und erlangen auf diese Weise vollwertige Zahlungsmittel, die ein erhebliches Loch in der britischen Zahlungsbilanz stopfen.

Im Jahre 1946 wurden aus der britischen Zone etwa 12 Millionen Tonnen Kohle im Werte von mehr als 100 Millionen Dollar ausgeführt. Der „Manchester Guardian“ vom 8. August 1946 betonte in einer Betrachtung über den Ruhrkohlenexport auf Reparationskonto, der gegenwärtige britische Standpunkt bestehe darin, die Kohle nicht als Reparationsquelle zu betrachten, da sie in der britischen Zone die Hauptquelle für die Gewinnung von Devisen sei. Solche Mitteilungen erklären zweifellos, weshalb die Vertreter Englands sich der Einhebung von Reparationen aus der laufenden Produktion in jeder Weise widersetzen. Da es über die mächtigen Hilfsquellen der Ruhrindustrie verfügt, zieht England es vor, sie in seinem Interesse auszunutzen, und möchte auch nicht den geringsten Teil der Ruhrkohlenproduktion an irgend jemand abtreten, sobald es sich um die Befriedigung der Bedürfnisse verbündeter Länder handelt, die ein Recht auf Reparationen haben.

Was die USA anbelangt, so weiß man, daß in der amerikanischen Zone fast alle Erzeugnisse der photographischen Industrie in die Verfügungsgewalt der Besatzungsbehörden übergehen.

Im Augustbericht 1946 der britischen Sektion des Kontrollrats für Deutschland wird mitgeteilt, daß die Besatzungsbehörden der amerikanischen Zone die deutsche Textilerzeugung forcieren und große Baumwollmengen aus den USA nach Deutschland ausführen. Im Juli 1946 z. B. haben deutsche Textilfabriken 10.000 Tonnen solcher Baumwolle verarbeitet. Mehr als die Hälfte der deutschen Textilerzeugnisse wird exportiert, um die eingeführte Baumwolle zu bezahlen. Im

Septemberbericht 1946 der britischen Sektion des Kontrollrats für Deutschland wird mitgeteilt, daß im September 25 000 Ballen aus den USA eingeführter Baumwolle verteilt worden sind, und daß die amerikanischen Behörden die Absicht haben, jeden Monat rund 20 000 Ballen Baumwolle nach Deutschland zu exportieren, um die Textilfabriken bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit auszunutzen.

Somit haben die USA einen vorzüglichen Absatzmarkt für ihre Baumwolle gefunden, und zwar zu Bedingungen, die sie so vorteilhaft gestalten können wie sie wollen. In diesem Falle schlagen die amerikanischen Unternehmer zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens streichen die amerikanischen Exporteure den Profit aus dem Baumwollelexport nach Deutschland ein, und zweitens erhalten sie bedeutende Einnahmen aus dem Export der Textilfertigwaren aus der amerikanischen Besatzungszone.

Alles das erklärt, weshalb die USA Einwände dagegen erheben, daß Waren aus der laufenden Produktion verwendet werden, um die Reparationsansprüche der verheerten Länder zu befriedigen.

Die angeführten Daten zeigen, daß Großbritannien, die USA und Frankreich aus Deutschland Reparationen bezogen haben, deren Wert jedenfalls mindestens 10 Milliarden Dollar beträgt. Es muß hinzugefügt werden, daß sich viele Reparationsartikel sehr schwer in Geldwert schätzen lassen, da sie kaum statistisch erfassbar sind. Der Pariser „Figaro“ vom 8. August 1946 z. B. weist auf eine weitere sehr wesentliche Reparationsquelle hin, der gewöhnlich überhaupt nicht gedacht wird. Es handelt sich um den Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und den von den alliierten Mächten in Deutschland künstlich festgesetzten Preisen. Nach Meinung des „Figaro“ fließen 20 Prozent dieses Unterschieds den Besatzungsmächten als Reparationen zu, während das übrige verbraucht wird, um die Besatzungskosten zu decken.

Man muß schließlich berücksichtigen, daß die militärischen Befehlsstellen in den westdeutschen Besatzungsgebieten den riesigen Fonds beschlagnahmter deutscher Vermögenswerte in ihren Händen haben. Es liegen Angaben vor, wonach allein in der amerikanischen Zone rund 70 000 Objekte im Werte von mehr als 10 Milliarden Mark bzw. rund 4 Milliarden Dollar sequestriert worden sind. Diese Vermögenswerte stehen bis auf den heutigen Tag den Besatzungsbehörden voll zur Verfügung.

Die angeführten Tatsachen widerlegen die Behauptung, die USA und Großbritannien seien an deutschen Reparationen nicht interessiert. Sie zeigen ferner, daß auch Frankreich aus seiner Zone bedeutende Reparationen erhält, insbesondere Waren aus der laufenden Produktion.

Im Lichte dieser Tatsachen erweisen sich die Einwände, die die Vertreter Englands und der USA, teilweise auch die Vertreter Frankreichs, im Außenministerrat gegen die berechtigten, den Beschlüssen der Konferenzen von Jalta und Potsdam entsprechenden Reparationsforderungen der Sowjetunion erheben, als unbegründet.

Sehr schlecht steht es auch mit der Befriedigung der legitimen Reparationsforderungen derjenigen verbündeten Länder, die neben den USA, Großbritannien und Frankreich im Interalliierten Reparationsbüro zu Brüssel vertreten sind.

Am 29. März 1947 nahmen die Sonderbeauftragten der Außenminister für die deutsche Frage einen Bericht Jacques Rueffs, des Vorsitzenden des Interalliierten Reparationsbüros entgegen. Rueff führte Daten an, die davon zeugen, daß es um die Reparationslieferungen aus den westdeutschen Besatzungsgebieten ganz unbefriedigend bestellt ist. So haben die Besatzungsbehörden der westlichen Zonen in den 18 Monaten nach der Annahme der Potsdamer Beschlüsse unter die 18 verbündeten Länder, die in besagtem Büro zusammengefaßt sind, nur 59 Betriebe verteilt. Aber auch diese Ausrüstungen sind dem Büro nur formal übergeben, da der größere Teil von ihnen noch nicht abtransportiert, also auch den empfangsberechtigten Reparationsgläubigern noch nicht zugestellt worden ist.

Es ist durchaus natürlich, daß die Länder, deren Interessen durch das Reparationsbüro vertreten werden, ihre Unzufriedenheit darüber zum Ausdruck bringen, daß die Beschlüsse der Konferenzen in der Krim und in Potsdam nicht durchgeführt werden und daß die Reparationslieferungen für den Wiederaufbau ihrer durch den Krieg zerrütteten Wirtschaft praktisch nicht in Betracht kommen.

Die Frage der Einziehung von Reparationen sowohl in Form von Betriebsausrüstungen als auch in Form von Waren aus Deutschlands laufender Produktion muß endlich ihre Regelung finden, sowohl im Interesse der Gerechtigkeit als auch im Interesse der Befriedigung der Bedürfnisse der verbündeten Staaten, deren Wirtschaft durch das hitlerfaschistische Deutschland zerstört worden ist.

Der Zweijahrplan des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei

N. BRAGIN

AM 1. Januar 1947 hat die Tschechoslowakei begonnen, ihren Zweijahrplan der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft zu erfüllen, der am 25. Oktober v. J. von der gesetzgebenden Nationalversammlung bestätigt worden ist. Durch diesen Plan sollen die ökonomischen Grundlagen der demokratischen Republik konsolidiert werden.

In Industrie und Landwirtschaft, für die Renovierung der Wohnbauten usw. sollen im Laufe der zwei Planjahre 69,88 Milliarden Kronen investiert werden; davon entfallen auf die Industrie 25,38 Milliarden, auf die Landwirtschaft 5,21 Milliarden, auf das Verkehrswesen 15,09 Milliarden, auf Renovierungsarbeiten an Wohnhäusern 14 Milliarden, auf Meliorationsarbeiten und auf den Wegebau 10,2 Milliarden Kronen.

Da die Sowjettruppen rasch vorrückten, sind die Hitlerfaschisten nicht imstande gewesen, die Industrieanlagen der Tschechoslowakei ernstlich zu beschädigen, weshalb die Tschechoslowakei rasch aufzubauen vermag. Dem Plan zufolge soll die Produktion der Volkswirtschaft bis Ende 1948 den Stand von 1937 nicht nur erreichen, sondern sogar um 10 Prozent übertreffen. Ende 1948 wird die jährliche Steinkohlenförderung 17,7 Millionen Tonnen (gegenüber 16,8 Millionen im Jahre 1937), die Braunkohlengewinnung 23,9 Millionen (gegenüber 17,9 Millionen), die Stahlerzeugung 2,4 Millionen Tonnen (gegenüber 2,3 Millionen) betragen. Die Stromerzeugung wird am Ende des zweiten Planjahres den Vorkriegsstand um 75 Prozent übersteigen und 7,4 Milliarden Kilowattstunden ausmachen. In der Erzeugung von Lastkraftwagen soll das Jahr 1946 um 370 Prozent überboten werden. Die Herstellung von Schleppern und anderen Landmaschinen soll gesteigert werden. Vor dem Krieg wurden in der Tschechoslowakei 600 Schlepper jährlich hergestellt, ab 1948 soll ihre Zahl 9000 jährlich betragen.

Auch eine Steigerung der Leichtindustrieproduktion nimmt der Zweijahrplan in Aussicht. Im Jahre 1948 soll die Textilindustrie 120 Millionen Meter Baumwollstoff und 15 Millionen Meter

Wollstoff liefern. Die Schuhindustrie wird 45 520 000 Paar Schuhe herstellen.

Die Wiederherstellung und Entwicklung der chemischen Industrie, der Glas- und Keramikherzeugung nimmt im Zweijahrplan ebenfalls einen bedeutenden Raum ein.

Der Landwirtschaft stellt der Zweijahrplan nicht minder wichtige Aufgaben; sie soll auf allen Gebieten den Vorkriegsstand erreichen, um die Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln zu versorgen. Der Getreideertrag für 1948 wird mit 2 671 700 Tonnen angesetzt.

Schon im ersten Planjahr wird die Landwirtschaft eine Vergrößerung ihres Maschinenparks verzeichnen können.

Außerdem umfaßt der Zweijahrplan weitgehende soziale und kulturelle Maßnahmen, so einen Ausbau des Gesundheitsschutzes und eine Ausdehnung der Staatsversicherung, die früher nur Staatsbeamten zugute kam, auf die Arbeiterschaft.

Zu den wichtigsten Aufgaben des Zweijahrsplans gehört die Industrialisierung der Slowakei. Bekanntlich ist die Slowakei, besonders ihr östlicher Teil, Agrargebiet mit einer schwach entwickelten Industrie.

Von den 69,88 Milliarden Kronen, die im Zweijahrplan für Großbauten ausgeworfen sind, entfallen auf die Slowakei 22,22 Milliarden. Hiervon sind 6,8 Milliarden Kronen für die Industrie, 2,1 Milliarden Kronen für die Landwirtschaft und 5,41 Milliarden Kronen für das Verkehrswesen bestimmt. Eine Reihe von Betrieben wird aus dem ehemaligen Sudetengebiet in die Slowakei verlegt.

Großzügige Maßnahmen stellt der Zweijahrplan auch für das an Deutschland grenzende Sudetengebiet mit seiner hochentwickelten Industrie in Aussicht.

Der Zweijahrplan bezweckt nicht nur einen raschen und vollständigen Wiederaufbau des Landes, mit seiner Hilfe sollen auch die ökonomischen Grundlagen des progressiven demokratischen Systems, das sich in der Tschechoslowakei nach dem Kriege gebildet hat, konsolidiert und weiterentwickelt werden.

Der Zweijahrplan ist für das Geschick der Tschechoslowakei politisch und ökonomisch von ausschlaggebender Bedeutung. Die tiefgreifenden historischen Umwälzungen im Lande haben die Voraussetzungen für seine erfolgreiche Erfüllung geschaffen.

Von Oktober 1945 bis Oktober 1946 wurden die Banken und die ausschlaggebenden Industriezweige verstaatlicht. Gegenwärtig sind etwa 70 Prozent der gesamten Industrie (an der Stärke der Belegschaften gemessen) Staatseigentum. Durch eine radikale Währungsreform wurde der Kurs der tschechischen Krone innerhalb des Landes und an den Weltbörsen stabilisiert. Zur Leitung des Staates wurden die breiten Volksmassen, die Arbeiter, Bauern und Intellektuellen, herangezogen.

Die nach der Befreiung der Tschechoslowakei von der deutschen Okkupation gesammelten Erfahrungen im Wiederaufbau der Volkswirtschaft und namentlich die im Vorjahr in Industrie und Landwirtschaft erzielten Resultate haben gezeigt, daß das tschechoslowakische Volk alle Möglichkeiten hat, den Zweijahrplan nicht nur zu erfüllen, sondern sogar zu überbieten. Hat dieses Volk es doch vermocht, zahlreiche durch die sechsjährige deutsche Okkupation und den Krieg geschlagene Wunden in kurzer Zeit zu heilen. In einigen Industriezweigen (Kohlenförderung, Stromerzeugung u. a.) ist schon 1946 der Vorkriegsstand erreicht und sogar überschritten worden.

Die Belegschaften der Betriebe, Büros und Ämter in Böhmen und Mähren senden Hunderte von Telegrammen an den Ministerpräsidenten Klement Gottwald, in denen sie versprechen, alles aufzubieten, damit der Zweijahrplan erfüllt werde.

Schon im Januar d. J. haben der größte Teil der Kraftwerke sowie zahlreiche Kohlengruben und Industriebetriebe ihre Planaufgabe überboten. So wurde der Kohlenförderungsplan um 7 Prozent übererfüllt, der Eisenerzgewinnungsplan um 14,4 Prozent, der Gesamtplan der tschechoslowakischen Industrie für Januar um 4 Prozent. Auch der Februarplan wurde übererfüllt.

Die Erfüllung des Zweijahrsplans der Wiederherstellung und Entwicklung der Volkswirtschaft in der Tschechoslowakei stößt aber auch auf ernste Hindernisse und Schwierigkeiten sowohl ökonomischer als auch politischer Natur.

Da die tschechoslowakische Volkswirtschaft einen privatkapitalistischen Sektor aufweist, muß die Regierung besondere Mühe für die Sicherstellung der Planerfüllung aufwenden.

Eine der größten ökonomischen Schwierigkeiten besteht im Mangel an Arbeitskräften in Industrie und Landwirtschaft.

Die Planerfüllung erfordert die Heranziehung neuer Arbeiter, und zwar müssen 270 000 Arbeiter für die Industrie, 90 000 für das Bauwesen, 230 000 für die Land- und Forstwirtschaft herangezogen werden.

Die Tschechoslowakei verfügt aber über ungenutzte Arbeiterreserven. So gibt es gegenüber dem Mangel an Arbeitern einen Überfluß an Angestellten. Durch Einrichtung einer entsprechenden Anzahl von Kindergärten und Kinderkrippen könnten Frauen, die in der Tschechoslowakei bisher selten erwerbstätig waren, für die Fabrikarbeit gewonnen werden. Durch weitgehende Anwendung moderner Maschinen und neuer Produktionsmethoden und durch die Hebung der Arbeitsproduktivität kann sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft eine bedeutende Anzahl von Arbeitern freigesetzt werden.

Um die Erfüllung des Zweijahrsplans wird ein scharfer politischer Kampf geführt.

Bekanntlich ist die Nationale Front, die das gesamte tschechoslowakische Volk vereint, die wichtigste Triebkraft im Wiederaufbau der Tschechoslowakei, die hauptsächlichste Voraussetzung für ihr Fortschreiten. Die Nationale Front ist nach wie vor die grundlegende Form, in der sich die Zusammenarbeit der tschechischen und der slowakischen demokratischen Parteien vollzieht. Bekannt ist auch, daß alle der Nationalen Front angehörenden Parteien die Erfüllung des Zweijahrsplans feierlich als ihre Hauptaufgabe bezeichnen.

Trotzdem aber betreiben reaktionäre Elemente in einigen der Nationalen Front angehörenden Parteien, zum Schein für den Zweijahrplan eintretend, heimlich eine Wühlarbeit gegen den Plan und sabotieren seine Erfüllung.

Diejenigen Industriellen und Gutsbesitzer, deren Geldbeutel oder Bankkonten unter den demokratischen Reformen gelitten haben, sind bestrebt, die Erfüllung des Zweijahrsplans zu verhindern. Sie suchen und finden Unterstützung in denjenigen Kreisen der Weltreaktion, die die Tschechoslowakei als einen rückständigen, vom Auslandskapital abhängigen, schwachen und politisch unselbständigen Staat sehen möchten. Sie suchen die Einheit des Volkes zu untergraben, die Nationale Front zu spalten und Unzufriedenheit mit dem demokratischen Regime und mit der Regierung hervorzurufen.

In den tschechischen Gebieten gehen diese Umtreibe von den reaktionären Gruppen der Volkssozialistischen und der Volkspartei aus, in der Slowakei von der Demokratischen Partei.

Die Führung der Demokratischen Partei betreibt eine Politik, durch die sie die reaktionären separatistischen Elemente und Hlinkaanhänger fördert, die eine Lostrennung der Slowakei anstreben.

Die Regierung tut alles, um das Bündnis zwischen den Tschechen und Slowaken zu festigen, die Slowakei zu industrialisieren und den Unterschied in der ökonomischen Entwicklung der slowakischen und der tschechischen Gebiete aufzuheben. Die Demokratische Partei aber, deren legale Stellung von den slowakischen Reaktionären ausgenutzt wird, intrigiert; sie will die Idee der Freundschaft zwischen den Tschechen und Slowaken diskreditieren und die Erfüllung des Zweijahrsplans vereiteln. Die Demokratische Partei sucht jenseits des Atlantischen Ozeans Unterstützung für ihre Pläne. Zweifellos hat ihr Führer Lettrich seine USA-Reise kürzlich zu diesem Zweck unternommen.

In Kreisen der tschechoslowakischen Öffentlichkeit nennt man die Demokratische Partei einen Unruheherd in der Republik.

In letzter Zeit unternehmen auch Kreise der tschechischen Volkssozialistischen Partei Ausfälle gegen das Regierungsprogramm. Diese Partei machen sich die Kräfte der Reaktion gleichfalls dienstbar. Sie sabotieren die Säuberung des Landes von Kollaborationisten und Verrätern und suchen die Maßnahmen der Ministerien, an deren Spitze Kommunisten stehen, zu diskreditieren. Kennzeichnend ist, daß die Volkssozialistische Partei vorgeschlagen hat, verstaatlichte Betriebe der Grenzbezirke Privatunternehmern zu übergeben. Noch mehr. Mitte März schlug einer ihrer

führenden Funktionäre, Juří Hejda, vor, ausländisches Privatkapital und ausländische Monopolkonzerne an den verstaatlichten Betrieben der Tschechoslowakei zu beteiligen, was jedoch die Selbständigkeit der Republik unmittelbar bedrohen würde.

Auch einige Spitzenspitzenfunktionäre der Nationalen Front angehörenden Volkspartei treten gegen die Planwirtschaft auf. In der Politik dieser Partei werden die reaktionären Elemente, die die Partei in einen Zufluchtsort der antidemokratischen Kräfte verwandeln wollen, immer mehr maßgebend.

Die bösen Absichten der Reaktion scheitern an dem unbeugsamen Willen und der Schaffensfreude der in den wirklich demokratischen Parteien und Organisationen zusammengefaßten überwiegenden Mehrheit des Volkes.

In seiner über alle tschechoslowakischen Sender gehaltenen Neujahrsrede erklärte der tschechoslowakische Ministerpräsident Klement Gottwald dem Volke:

„Was die reaktionären Elemente durch ihre Tätigkeit erreicht haben, ist verschwindend gering im Vergleich zu der schöpferischen Tätigkeit des Volkes. Alle Ausfälle der reaktionären Elemente werden nur ein Resultat haben, sie werden die Kräfte des Volkes zu ihrer Bekämpfung noch fester zusammenschweißen...“

Die Völker der Tschechoslowakei wollen kein Zurück. Die traurigen Lehren der jüngsten Vergangenheit sind ihnen noch frisch in Erinnerung, sie stehen geschlossen hinter der Nationalen Front, ihrer demokratischen Regierung und ihrem Zweijahrplan.

Die Kampagne der italienischen Reaktion gegen den Friedensvertrag

D. PEKIN

Das Datum des 10. Februar 1947, an welchem Tage in Paris die Friedensverträge mit den fünf Satelliten des hitlerfaschistischen Deutschlands unterzeichnet wurden, wird in der Geschichte dieser Länder ein denkwürdiger Meilenstein bleiben. Von besonderer Bedeutung ist dieses Datum für Italien, den Hauptverbündeten Hitlers in Europa, seinen ersten „Achsenpartner“.

Italiens Verantwortung für die Verletzung des Friedens in Europa und für den Schaden, den es einer Anzahl von Ländern zugefügt hat, ist unvergleichlich größer als die Verantwortung der anderen Satelliten Hitlers. Trotzdem postuliert der Friedensvertrag mit Italien nur eine Teilwiderrügtmachung des von ihm angerichteten Schadens. Der Vertrag trug der Rolle Rechnung, die das italienische Volk beim Sturz des faschistischen Regimes gespielt hat, und ebenso seiner Beteiligung am Krieg gegen Deutschland, weshalb er Italien die Möglichkeit einer politischen und wirtschaftlichen Wiedergeburt sichert, damit ihm als einem friedlichen, unabhängigen Land der Eintritt in die Familie der freiheitliebenden Völker ermöglicht werde.

Obgleich keine einzige der in der Verfassunggebenden Versammlung vertretenen Parteien gegen die Unterzeichnung des Vertrages aufgetreten ist, war dennoch die Tinte noch nicht trocken, mit der der italienische Delegierte in Paris den Vertrag unterschrieben hat, als einige Parteien und ein bedeutender Teil der italienischen Presse eine Kampagne einleiteten für die Sabotierung und Revision des Vertrages. An dieser Kampagne beteiligten sich außer Liberalen auch Reformisten aus der Partei Saragats, dann Qualunquisten und faschistische Organisationen, die unter der Maske verschiedener „julischer“, „dalmatinischer“ und ähnlicher Komitees legal existieren.

Die Monarchisten und illegalen Faschisten veranstalteten am Tage der Vertragsunterzeichnung eine Art Heerschau ihrer Kräfte. In Rom demonstrierten sie vor den Gebäuden der Botschaften der verbündeten Mächte, in Neapel vor den Konsulaten Frankreichs, der USA und Englands.

Die Behörden bewahrten vollständige Neutralität gegenüber diesen Auftritten. Was Rom betrifft, so bereitete die Polizei den Faschisten nicht nur keine Hindernisse, sondern versperrte sogar

den Arbeitern den Weg, die versuchten, die Menge zu vertreiben, die das Gebäude der jugoslawischen Gesandtschaft demolierte. Diese Vorschubleistung für die faschistischen Demonstranten wird verständlich, wenn man berücksichtigt, daß italienische Regierungskreise selber den 10. Februar zu einer Art Trauertag gemacht haben. Die Verfassunggebende Versammlung unterbrach ihre Sitzungen für eine halbe Stunde; im ganzen Lande wurde für 10 Minuten die Arbeit eingestellt; viele Zeitungen verübten Ausfälle gegen die vereinten Nationen und druckten provokatorische Appelle zum Protest gegen den Friedensvertrag.

Beachtung verdient die zweideutige Stellungnahme der Christlich-Demokratischen Partei in dieser Frage. Die Verteidigung der Interessen des Großkapitals nähert diese Partei der reaktionären Liberalen Partei. Auf der anderen Seite kann die Christlich-Demokratische Partei nicht offen gegen den Vertrag auftreten, da sie in den drei aufeinanderfolgenden Kabinetten de Gasperi die wichtigste Regierungspartei ist und deshalb die Hauptverantwortung trägt für die Außenpolitik der Regierung.

Die Gegner des Friedensvertrages suchen eine Stütze für ihre chauvinistische Kampagne gegen den Vertrag in der Stellungnahme der republikanischen Mehrheit im amerikanischen Senat. Nach seiner Rückkehr aus den USA machte de Gasperi in einer in der Verfassunggebenden Versammlung gehaltenen Rede die durchsichtige Ansprache, der USA-Kongreß werde möglicherweise die Ratifizierung des Vertrages mit Italien ablehnen.

Die Kampagne der italienischen Reaktionäre wurde auch durch das Auftreten James C. Dunns, des USA-Botschafters in Rom, genährt, der auf einer Pressekonferenz am 11. Februar folgendes erklärte: „Ein bedeutender Teil der amerikanischen Öffentlichkeit spricht sich für eine Revision des Friedensvertrages aus.“

Nach dem 10. Februar entfalteten die reaktionären Elemente in Italien eine Kampagne gegen die Ratifizierung oder doch wenigstens dafür, die Ratifizierung des Friedensvertrages für möglichst lange Zeit aufzuschieben. Das reaktionäre „Giornale della Sera“ entwickelte am 13. Februar den folgenden Aktionsplan:

„Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und des Senats der USA sind geneigt, etwas zu tun, und die Ratifizierung ist ihnen ein gelegener Anlaß. Die Italiener dürfen jedoch nicht passiv auf ein Wunder warten, sie müssen vorsagen, agitieren und die propagandistischen Waffen anderen in die Hand legen.“

Augenscheinlich „agitieren“ die reaktionären italienischen Zeitungen entsprechend diesem Programm seit fast zwei Monaten die Kongreßmitglieder mit pathetischen Klagen über die Entwaffnung Italiens und versuchen gleichzeitig zu beweisen, der Vertrag entspreche nicht den Interessen der USA.

Zur selben Zeit war Ministerpräsident de Gasperi zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die Hoffnung, die Erfüllung des Friedensvertrages verhindern zu können, eine Illusion ist.

Worin besteht dann also der Sinn der Kampagne gegen den Friedensvertrag, wenn ihre Organisatoren selbst nicht auf einen Erfolg hoffen? Unter den vielen Ursachen, die diese Kampagne erklären, wollen wir die folgenden hervorheben.

Einige italienische Parteien benutzen das Problem des Friedensvertrags für die Zwecke der bevorstehenden Wahlkampagne. Im Sommer oder im Herbst d. J. werden in Italien Parlamentswahlen stattfinden. Aus diesem Grunde versuchen die Parteien, die ihre politische Autorität verloren (wie z. B. die Liberale Partei) oder solche gar nicht erworben haben (wie z. B. die Partei Saragats), durch eine lärmende chauvinistische Agitation Elemente auf ihre Seite zu ziehen, die noch unter dem Einfluß der imperialistischen Großmachtspropaganda des Faschismus stehen.

Durch Wahlerwägungen erklärt sich auch die schwankende, unentschiedene Stellungnahme der Republikanischen Partei und der Aktionspartei. Nach dem schwachen Erfolg bei den vorjährigen Wahlen können diese Parteien sich nicht entschließen, konsequent für den Vertrag einzutreten, um nicht in den Ruf von „Antipatrioten“ zu geraten, mit welchem Brandmal die reaktionäre Presse alle bezeichnet, die den Vertrag unterstützen.

Dem Wortlaut des Vertrages zufolge sollen die Besatzungstruppen spätestens 90 Tage nach seinem Inkrafttreten aus Italien abziehen. Bis zum Inkrafttreten des Vertrages bleibt das sogenannte Waffenstillstandsregime im Lande aufrechterhalten. In den drei Jahren der Besetzung durch englische und amerikanische Truppen haben die Finanz-, Industrie- und Agrarmagnaten Italiens es fertiggebracht, ihre Verbindungen mit einflußreichen Bank- und Industriekreisen Englands und Amerikas gründlich auszubauen. Sie sind den Beamten der Besatzungsbehörden dafür verpflichtet, daß diese sie vor der Konfiskation be-

wahrt und dafür gesorgt haben, daß ihre Privilegien von den Vertretungsorganen der Werktägigen nicht angetastet wurden. Was die Komitees für nationale Befreiung bei ihnen während des bewaffneten Aufstandes im April 1945 beschlagen haben, ist ihnen später zurückgestattet worden. Die AMGOT-Behörden haben die italienischen Reaktionäre vor der Säuberung gerettet und die Durchführung einer Bodenreform und anderer lösungsreicher fortschrittlicher Maßnahmen aufgehalten.

Die italienischen Magnaten haben es nicht eilig, von ihren Schutzherrn zu scheiden, da sie sich in Anwesenheit der englisch-amerikanischen Administrationen wie in Abrahams Schoß fühlen. Indessen fährt das amerikanische Kapital fort, durch Geschäftsabschlüsse mit den italienischen Monopolisten und deren Kreaturen im Regierungsapparat die italienische Wirtschaft in seine Hand zu bringen. Majore und Obersten der Besetzungsbehörden werden plötzlich zu Direktoren italienischer Firmen, zu Ratgebern der amerikanischen und englischen Truste, die in diesem oder jenem Zweig der italienischen Volkswirtschaft tätig sind. Derartige Beispiele sind in römischen Zeitungen wiederholt angeführt worden. Das Besetzungsregime verlängern, den Abzug der englischen und der amerikanischen Beamten aus Italien verzögern — das sind die Wünsche der italienischen Bankiers und Gutsbesitzer, die nicht ohne Neid auf ihre glücklicheren Geschäftsfreunde in Griechenland blicken. Hierbei spekuliert die italienische Reaktion ebenso wie während der Vorbereitung des Friedensvertrages auf die Möglichkeit von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten — diesmal im Zusammenhang mit der Moskauer Tagung des Außenministerrats.

Am offensichtlichsten werden diese Pläne in der Qua-lunquistenzeitung „Buonsenso“ dargelegt. Am 11. Februar verlangte dieses Blatt die Mobilisierung aller Kräfte, um zu erreichen, daß „der USA-Kongreß den Friedensvertrag nicht ratifiziert oder doch wenigstens die Ratifizierung für möglichst lange Zeit aufschiebt“. Weiter schrieb das Blatt:

„Ein Gewinn von einer Woche oder einem Monat kann eine wertvolle Errungenschaft sein, wenn man die Unbeständigkeit der internationalen Beziehungen und die Notwendigkeit in Betracht zieht, den ganzen Komplex der europäischen Fragen zu regulieren.“

Hoffnungen auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Großmächten, durch die ein Schlupfloch entstehen könnte für eine Revision des Vertrages, werden auch von einigen hochgestellten offiziellen Persönlichkeiten gehabt.

Einer Meldung der France Presse vom 8. Februar zufolge hat ein Vertreter des römischen

Außenministeriums ihrem Korrespondenten buchstäblich folgendes erklärt:

„Es darf nicht vergessen werden, daß die Geschichte der vergangenen 25 Jahre auf der Tatsache beruhte, daß der USA-Senat die Ratifizierung des Versailler Vertrages abgelehnt hat.“

Lupi di Soragna, der italienische Botschafter in Frankreich, der am 10. Februar den Vertrag im Namen Italiens unterzeichnete, erklärte am gleichen Tage einem Reuterkorrespondenten:

„Wir hoffen, daß die Länder, die uns zu helfen versuchen, es satt bekommen, zu sehen, wie das Geld, das sie nach Italien fließen lassen, diesem in Form von Reparationen wieder abgezapft wird.“

Der italienische Diplomat läßt sich nicht impo-nieren durch die Tatsache, daß die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion Italiens erst nach zwei Jahren beginnen werden, während jeder Besetzungsmonat der erschöpften italienischen Staatskasse 7 Milliarden Lire kostet.

Der Lärm über die „Ungerechtigkeit“ des Friedensvertrags ist ein bequemer Schirm für die legale Tätigkeit der faschistischen und monarchistischen Elemente. Obgleich durch die Zerschlagung des Faschismus aus dem politischen Leben hinausgeworfen, sind diese Elemente doch der verdienten Strafe entgangen. Jetzt beeilen sie sich, „patriotische“ Gewänder anzulegen, sich als die eifrigsten Verteidiger Triests und Polas, Brigas und Tendas auszugeben und in ihre schwarzen Hundertschaften alles Lumpengesindel der früheren faschistischen Feldzüge aufzunehmen. Der Vatikan und die italienischen Bankiers gewähren ihnen materielle Unterstützung und haben ihnen — unter Mithilfe der Besetzungsbehörden — die Möglichkeit gesichert, mehrere Zeitschriften herauszugeben, die für Revanche agitieren und gegen Jugoslawien und Frankreich hetzen.

Der in Rom erscheinende faschistische „Corriere della Nazione“ ruft direkt zur Anwendung von Mussolinimethoden auf. So schreibt dieses Blatt zu dem Überfall faschistischer Knüppelhelden auf die jugoslawische Gesandtschaft folgendes:

„Unsere Demonstranten sind vortrefflich vorgegangen. Genau so handelten sie den Zeiten Giolittis und Nittis... Unruhen, Steinwürfe und eingeschlagene Fensterscheiben sind ein besserer Protest als die diplomatischen Aktionen Sforzas und die Jeremiaden des Ministerratsvorsitzenden.“

Ein kennzeichnender Zug der gegen den Friedensvertrag betriebenen Propaganda ist das Bestreben, die Lage Italiens nach diesem Kriege in Vergleich zu setzen zu seiner Lage nach dem ersten Weltkrieg. Die Tatsache der faschistischen Aggression und des kolossalen Schadens, den diese den Ländern Europas zugefügt hat, wird hierbei ignoriert. Das geschieht, um den Faschismus zu rehabilitieren und die chauvinistischen Stimmun-

gen im Lande zu schüren. Zu dem gleichen Zweck läuteten z. B. in den Tagen der Pariser Konferenz im ganzen Lande die Totenglocken und fanden Verbrüderungen der Veteranen — aller von Italien geführten Kriege statt.

In den Tagen der Vorbereitung des Friedensvertrages war die chauvinistische Propaganda der nationalistischen und monarchistischen Kreise Italiens auf das Problem Triest konzentriert. Die langwierige und marktschreierische Kampagne „zum Schutze Triests“, die von der katholischen Kirche und der Christlich-Demokratischen Partei aktiv unterstützt wurde, fand eine ganz plötzliche Unterbrechung. Die jugoslawische Regierung brauchte nur im November 1946 ihre Bedingungen für die Abtretung Triests an Italien zu verlautbaren, damit die Gefühle all der „Mords-patrioten“ für diese Stadt sofort erkalteten.

Abgesehen von der Maskierung der legalen Tätigkeit der faschistischen Elemente verfolgt die Kampagne gegen den Vertrag auch noch das Ziel, um den Preis der Verwandlung Italiens in einen Vorposten des ausländischen Imperialismus die Militärmachinerie und die Hauptkader des italienischen Militaristenklüngels zu erhalten. Trotz seiner großen Wirtschaftsschwierigkeiten ver-ausgabt Italien auch weiter 25,6 Prozent des Staatshaushaltes für militärische Zwecke (gegenüber 22 Prozent in den Jahren 1938 und 1939). Mitteilungen der „Italia Libera“ zufolge belaufen sich diese Ausgaben auf 100 Milliarden Lire im Jahr, eine Summe also, die hinreichen würde, um Italiens gesamte Reparationsverpflichtungen zu bestreiten! General Nobile hat in der Verfassunggebenden Versammlung interessante Tatsachen verlesen. Es stellte sich heraus, daß Italien bis auf den heutigen Tag auf 142 000 Soldaten 15 255 Offiziere unterhält, darunter 5090 Generale und Stabssoffiziere. In der italienischen Luftflotte, die über 228 alte Flugzeuge verfügt, gibt es 40 Generale, und auf 30 000 Soldaten kommen 3000 Offiziere.

Zahlreiche Generale ohne Armee verstecken sich im Kriegsministerium, wo, wie der Exminister Cipriano Facchinetto sich ausdrückte, die italienische Republik aufhört, sobald man das Arbeitszimmer des Ministers verläßt. In ihrer Hoffnung auf „bessere Zeiten“ intrigiert die Clique faschistischer Militärs gegen die italienische Demokratie und gegen die Sache des Friedens; sie dirigiert den über den Atlantik gehenden Strom von Klagen und „Warnungen“, wobei sie sich als treue Hüterin der ausländischen imperialistischen Interessen im Mittelmeerraum anbietet.

Über die Interessen der USA auf der Apenninenhalbinsel wurde schon während der Reise de Gasperis nach Amerika nicht wenig geschrieben

und gesprochen. Am offensten wurden diese Interessen damals von Myron Taylor, dem persönlichen Vertreter Trumans beim Vatikan, formuliert. Taylor erklärte auf einer Pressekonferenz am 2. Januar:

„Italien ist für die USA von besonderer Bedeutung wegen der geographischen Lage der Apenninenhalbinsel im Mittelmeer, einer Lage, die strategisch außerordentlich wichtig ist.“

Während de Gasperis Anwesenheit in Amerika charakterisierte die Agentur United Press die Italien versprochene Wirtschaftshilfe

„als ein Bestreben, Italien im Machtbereich der westlichen Demokratien zu halten und seine erzwungene (violent) Orientierung auf den östlichen Kommunismus zu verhindern.“

Trumans Kongreßbotschaft über die Maßnahmen in Griechenland und in der Türkei hat in den USA die Erörterung des „italienischen Problems“ neu belebt. So behauptet Drew Pearson in „Il Progresso“ vom 16. März, das Staatsdepartement erörtere ein Vierjahresprogramm für die Rekonstruktion Italiens, für das 1 Milliarde Dollar verausgabt werden soll. Pearsons Worte zufolge bezweckt das Programm die Verwandlung Italiens in ein Bollwerk gegen die Sowjetunion. Von diesem Programm ausgehend sind die USA im Begriff, eine technische Mission nach Italien zu entsenden, die die Modernisierung der italienischen Armee usw. fördern soll.

In den reaktionären Kreisen Italiens wurde die Kongreßbotschaft Trumans mit unverhohlenem Jubel aufgenommen und sofort für weitere Intrigen gegen den Friedensvertrag ausgenutzt. Das „Giornale della Sera“ vom 14. März betonte vielsagend, Italien sei das Herz des Mittelmeers, und schrieb, Italien könne sich nach der Erklärung Trumans durch den Friedensvertrag nicht für gebunden erachten.

Besonders leidenschaftlich wurde Trumans Botschaft von der faschistischen und monarchistischen Presse aufgegriffen. Dem „Corriere della Nazione“ geistert bereits die Perspektive eines „italienisch-griechisch-türkischen Blocks“ unter der Ägide der USA vor Augen.

Die italienische Militärkamarilla befaßt sich mit Plänen, wie Italiens Kriegspotential wiederhergestellt werden könnte. Durch zahlreiche militärische Druckschriften zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke von der „Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes“ zwischen der Sowjetunion und den USA und den Vorteilen, die eine Wiederherstellung des militärischen, vor allem des maritimen Potentials Italiens für Amerika haben würde. Als Beispiel kann das 1946 erschienene Buch Oberst Pacinottis angeführt werden, das „Ein Krieg, den wir nicht voraussehen“ betitelt ist. Der Verfasser predigt die Schaffung eines

„Bundes der lateinischen Völker“ — Italiens, Frankreichs, Spaniens, Portugals —, „der nach der Seite des Atlantischen Ozeans hin offenstehen würde“. Pacinotti schreibt:

„Was wir zu tun beabsichtigen, wird möglicherweise mit den Interessen unserer Vormünder zusammenfallen...“

Die Idee, Italien in einen amerikanischen Luftstützpunkt und die italienischen Menschenreserven und Armeekader in besoldete Gendarmen im Süden Europas zu verwandeln, wird in den USA von Walter Lippmann und einigen anderen Leuten popularisiert. Baldwin, der militärische Mitarbeiter der „New York Times“, beklagt in einem Artikel vom 24. Januar die Aufteilung der italienischen Flotte, die „eines der Bollwerke des Antikommunismus“ in Italien sei.

Zwischen diesen Auslassungen jenseits des Ozeans und den Appellen der römischen Zeitungen „Momento Sera“, „Buonsenso“ und anderer Blätter besteht eine verblüffende Ähnlichkeit.

Der Standpunkt der reaktionären Parteien steht in schreiendem Gegensatz zu den Interessen des italienischen Volkes. Die Massen begreifen, daß der Friedensvertrag in einem gewissen Sinn internationale Garantien für die italienische Demokratie bedeutet. Deshalb hat die provokatorische Kampagne der Neofaschisten für die Revision des Vertrages in den breiten demokratischen Kreisen weder Sympathie noch Unterstützung gefunden. Die beiden linken Massenparteien — Kommunisten und Sozialisten — haben diese Kampagne entschieden verurteilt, da sie den Interessen der Nation schade und, wie Nenni sich ausdrückte, von den gleichen Leuten eingeleitet worden ist, die am 10. Juni 1940 Mussolinis Kriegserklärung an Frankreich und England begeistert begrüßten. Den gleichen Gesichtspunkt vertritt die unabhängige Presse. „Il Momento“ schrieb am 10. Februar folgendes:

„In der Periode zwischen der Unterzeichnung und der Ratifizierung auf das Auftauchen irgendwelcher Tatsachen hoffen, die geeignet wären, alles wieder erneut einer Erörterung zu unterziehen, würde bedeuten, sich neue Enttäuschungen zu bereiten. Wir dürfen Gerechtigkeit nicht von einem neuen Krieg erwarten, sondern nur von einem wahren Frieden... Der Vertrag ist das letzte Resultat des faschistischen Regimes.“

Die Werkätigen Italiens sind für das schnellste Inkrafttreten des Vertrages, da hiernach das Besetzungsregime aufhört, die Volksvertretungsorgane Handlungsfreiheit erhalten und die Unabhängigkeit ihres Landes wiederhergestellt wird. Die friedliebenden Völker sind berechtigt, von Italien die volle und gewissenhafte Befolgung des Friedensvertrages zu erwarten, insbesondere seines Artikels 17, der faschistische Tätigkeit gänzlich verbietet.

Brief eines griechischen Patrioten

Die griechische demokratische Presse brachte kürzlich einen offenen Brief Georgis Janoulis', eines prominenten Führers der griechischen Demokratischen Armee, an Philip Dragoumis, den ehemaligen griechischen Kriegsminister. Dieser Brief ist ein wahrhaft menschliches Dokument. Jede Zeile ist durchdrungen von dem echten und starken Gefühl eines aufrichtigen Kämpfers und Patrioten. Georgis Janoulis, ein früherer Rechtsanwalt und Reserveoffizier, ist ein Invalide des Italienisch-Griechischen Krieges und der Widerstandsbewegung. Von 1934 bis 1938 war er Privatsekretär bei Dragoumis. Gegenwärtig ist Georgis Janoulis Truppenbefehlshaber in der Demokratischen Armee in der Freizone Kastoria. Sein Brief ist ein Dokument, das Dragoumis völlig entlarvt. Es gewährt einen Blick hinter die Kulissen der Vorgänge in Griechenland und ist so bereit, daß es keiner Kommentare bedarf.

Anschließend bringen wir den Brief Georgis Janoulis' mit einigen Kürzungen.

Herr Dragoumis!

Sie haben einen Mann zu mir geschickt, der mich überreden sollte, mich von der immer weiter um sich greifenden Volksbewegung loszusagen, deren Kampf für Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie das ganze griechische Volk erfaßt hat. Dieser Mann hat mit mir Verbindung aufgenommen und mir Ihre Versprechungen übermittelt, wonach ich nicht nur völlig amnestiert, sondern von Ihnen auch moralisch und materiell unterstützt werden soll.

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich niemals meine Beziehungen zu Ihnen und meine Verpflichtungen Ihnen gegenüber vergessen werde.

Ich erinnere mich noch gut an die von Ihnen 1935 im Parlament gehaltene, von demokratischem Geist durchdrungene Rede, in der Sie gegen den Plan protestierten, Georg II. auf den Thron zu verhelfen. Ich erinnere mich Ihrer Aufsätze voller Glauben an die Demokratie und unserer Gespräche in Ihrem Arbeitszimmer. Ich habe noch genau Ihre damalige Äußerung im Gedächtnis:

„Georg II. ist der ausschweifendste und verabscheuungswürdigste Mensch in Griechenland...“

Ich erinnere mich Ihres Vorschlags, eine demokratische Gruppe zu schaffen. Ich erinnere mich auch, daß Sie mit der Regierung nicht einverstanden waren, in der Metaxas stellvertretender Ministerpräsident war. Ebenso habe ich nicht vergessen, daß Sie später ein so heftiger Gegner seiner Diktatur waren, daß er Sie sogar verbannt wollte, und Sie sich nur dank der Intervention

Ihrer Freunde am Hofe, Melas, Pericles u. a., retten konnten.

Sie hießen mich willkommen, als ich während des Italienisch-Griechischen Krieges verwundet von der Front zurückkehrte. Damals sagten Sie mir, das Volk sei vom König und von Metaxas verraten worden.

Das nazistisch-faschistische Okkupationsregime wurde mit jedem Tag drückender. Das Volk mit der EAM an der Spitze fand den Weg zur Rettung. Im Oktober 1941 schrieb ich Ihnen aus meiner Heimat (dem Dorf Evtachori) einen Brief, der allen meinen Schulkameraden und den Angehörigen der freien Berufe im Gebiet Kastoria und Westmazedonien zur Kenntnis gebracht werden sollte. In diesem Brief forderte ich sie auf, sich zusammenzuschließen und mit dem Volk im Befreiungskampf gemeinsame Sache zu machen.

Sie haben mir damals geantwortet, meine Bestrebungen seien zeitgemäß und ich solle sie weiterentwickeln. Damals gehörte ich noch nicht der EAM an. Der Partisanenkampf griff immer weiter um sich. Als einer der ersten aus meinem Gebiet ging ich in die Berge. Mutig kämpfte ich gegen die Deutschen und Italiener sowie gegen alle Verräter. Ich bin stolz, meine Pflicht gegenüber dem Vaterland erfüllt zu haben...

Seit 1942 habe ich Sie nicht mehr gesehen. Im Jahre 1944 erfuhr ich aus den Zeitungen, daß Sie im Libanon zu einem Feind der EAM und ELAS geworden sind. Diese Nachrichten gaben mir zu denken. Ihre Stellung im Außenministerium während der Dezemberereignisse öffnete mir die Augen. Sie waren kein „echter Demokrat“,

sondern einfach ein schmutziger Politikaster und treuer Kettenhund des englischen Imperialismus, ein Mensch, der nur ans Geld denkt.

Sie berührte weder der Terror noch der einseitig geführte Bürgerkrieg. Im Gegenteil, Sie haben sich gemeinsam mit den anderen Verrätern an der Unterdrückung des Volkes beteiligt. Einmal, als ich von den Engländern und den faschistischen Monarchisten dafür verfolgt wurde, daß ich als ehrlicher Soldat auf der Seite der Verbündeten kämpfte und die Freiheit meiner Heimat mit meinem Blut verteidigte, las ich Ihre in Saloniki gehaltene Wahlrede. Sie erklärten:

„König Georg II. kann Griechenland retten...“

Damals habe ich alle Illusionen verloren. Das Volk muß die Wahrheit erfahren. Meine nationale Ehre und mein Nationalstolz veranlaßten mich, die ganze Wahrheit darüber zu erzählen, wie Herr F. Dragoumis, jetziger Kriegsminister, aus einem „echten Demokraten“ ein getreuer Knappe des Königs wurde.

Im Jahre 1936 war der König ein Kompagnon des Faschisten Metaxas, der eine germanophile, gegen die Interessen Englands gerichtete Politik durchführte. Ihre Interessen verbanden Sie eng mit den Engländern. Durch die Paläste im Piräus, die Villen in Kephissia und auf der Insel Agina sowie durch Ihr Kapital, das in der Bank von England in London deponiert war, standen Sie den Engländern und ihrer „Demokratie“ näher und waren gegen König Georg. Jetzt aber, wo König Georg II. ein Werkzeug der Engländer und Bevins ist, zogen Sie völlig natürliche und logische „demokratische Schlußfolgerungen“. Sie wurden ein treuer Kettenhund des Königs und Ihrer „Demokratie“, die von der „Demokratie“ des Labouristen Bevin beherrscht wird.

Auch haben Sie vergessen, wie Sie sich einst über Constantine Tsaldaris in einem Gespräch über die Volkspartei äußerten. Sie sagten:

„Tsaldaris ist der unfähigste Mann in der Volkspartei. Sein Egoismus und seine Niederträchtigkeit sind ein Schandfleck für die Partei. Gott allein weiß, wie es uns ergehen wird, wenn eine Regierung mit Constantine Tsaldaris als Ministerpräsidenten gebildet wird.“

Ungeachtet dessen haben Sie für Constantine Tsaldaris gestimmt. Sie haben sich einverstanden erklärt, daß der unfähigste Mann an der Spitze der Volkspartei steht, und die Bevinschen Wahlen machten auch Sie zum Abgeordneten. Sie wurden sogar stellvertretender Außenminister in der Regierung Tsaldaris.

Was haben Sie getan? Sie haben Griechenland von allen anderen demokratischen Ländern isoliert, es ihnen entfremdet und unsere National-

rechte durch Ihre antidemokratische, antinationale und volksfeindliche Politik in ein Nichts verwandelt.

Das Volk soll erfahren, wie Sie Kriegsminister werden konnten, obwohl Sie nicht einmal wissen, aus wieviel Mann eine Kompanie besteht. Zwar behauptete Ihr Vorgänger Mavromichalis, man müsse den Engländern jeden Wunsch von den Augen ablesen und, ohne zu schwanken, alle ihre Forderungen erfüllen, aber er trat doch nicht in die vierte Regierung Tsaldaris ein, denn er sah, wohin die Politik der Engländer unser Land führt. Er sah, daß Ihre Aktionen gegen die Partisanen Seifenblasen gleichen. Man mußte einen anderen Mavromichalis finden, jedoch nur einen solchen, der wie die Engländer denkt, nicht aber wie die Griechen; der nur den Titel Kriegsminister führt, sich sonst aber völlig Mister Rawlings unterordnet; der sich damit einverstanden erklärt, daß wir, „freie Menschen“, die englischen Okkupationstruppen unterhalten und dafür monatlich 700 000 Pfund Sterling ausgeben; dem das Ge- wissen gestattet, dem Budget anderer Ministerien Milliarden Drachmen zu entnehmen für das Ge- halt der Offiziere der Nationalarmee, ehemaliger Söldner der Gestapo und der SD-Bataillone, die an Strafexpeditionen gegen Partisanen teilnahmen.

Das ist Ihre Rolle als Kriegsminister. Das Volk soll es wissen.

Wenden wir uns jetzt der „slawischen Gefahr“ zu, die die Partisanen angeblich als „Werkzeuge einer ausländischen Macht“ heraufbeschworen. Ich hoffe, Sie werden es nicht bestreiten, daß Ihr bester Freund in Florina Rechtsanwalt Minila Gaile war. Wissen Sie, wo er sich während der italienischen und deutschen Okkupation befand?

Er war Führer der Autonomisten in Florina, was Sie aus dem beigelegten Protokoll entnehmen können. Sie erinnern sich gewiß Stavro Magos, eines Ihnen ergebenen Mannes im Gebiet Florina. Im Jahre 1936 haben Sie sich für ihn beim König eingesetzt und ihn vor der Verbannung nach Pholegandros gerettet. Wissen Sie, wo Stavro Magos während der Okkupation war? Er war Gailes Kompagnon, ein Vaterlandsverrater und Tyrann des griechischen Volkes. Wir kämpften gegen beide, wie wir gegen Kalzeff kämpften, Sie aber haben sie begnadigt. Jetzt stehen Gaile und Magos an der Spitze der Bewegung für eine „Autonomie“ Mazedoniens im völligen Einvernehmen mit der Taktik und verabscheuungswürdigen Tätigkeit der Agenten des Intelligence Service, ähnlich wie sie 1944 handelten, was in der Gerichtskomödie gegen Kalzeff-Rivalis in Athen zutage trat.

Wer ist also ein Feind der territorialen Einheit und Unabhängigkeit Griechenlands? Ich und meine Partisanen, die 86 Kämpfe gegen die „Komitadschis“ Gailes und Kalzeffs ausgefochten haben, oder Sie, ihr Freund und Beschützer? Da Sie erklärten, Kalzeff sei unschuldig, können Sie die mir angebotene Amnestie dem Verräter Gaile gewähren... Sie haben das Recht, nur solche Verbrecher zu begnadigen, nicht aber ehrliche Patrioten, die ihr Blut für die Freiheit, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit Griechenlands vergossen haben. Der Tag ist nicht fern, da Sie und mit Ihnen alle monarchistisch-faschistischen Hunde um Amnestie bitten werden...

Ihre „patriotische nationale“ und „Volks“politik war der Hauptanlaß zur Bildung unserer griechischen Demokratischen Armee. Auch heute bitten wir nicht um Amnestie, da wir die Amnestie nicht als ein Gnadenamt von Ihnen erwarten. Wir werden erst dann die Waffen aus der Hand legen, wenn eine Regierung gebildet wird, an der die EAM vollberechtigt und entscheidend beteiligt sein wird. Eine solche Regierung muß die Rechtsbanden entwaffnen, den Staatsapparat von Verrätern säubern sowie freie und vollständig garantierte Wahlen ausschreiben. Im Namen der Freiheit und der nationalen Unabhängigkeit müssen alle englischen Okkupationstruppen aus unserem Land evakuiert werden. Wir sind fest überzeugt davon, daß das bald der Fall sein wird. Die Demokratische Armee wird täglich stärker. Die Volksbewegung wächst an. Der Tag wird kommen, wo wir uns nicht nur von der Verräterclique, sondern von allen Volksfeinden befreien werden, ob es nun innere oder ausländische sind.

Die Anwesenheit ausländischer Truppen kann man an den Panzern und Panzerwagen feststellen, die Sie während einer Inspektionsreise nach Ouroupisti brachten. Die Anwesenheit dieser Truppen geht auch eindeutig aus den Befehlen an Ihre Nationalarmee oder an die „königliche Polizei“ hervor. Ihre Anwesenheit läßt sich auch jedesmal dann feststellen, wenn unsere Demokratische Armee Ihren Truppen Denkzettel erteilt, sobald sie mit ihnen zusammenstößt. Das ist auch aus den zahlreichen Antworten zu ersehen, die Ihnen unsere Partisanen auf Ihre Pseudoamnestie geben. Kein einziger ergibt sich. Davon zeugt auch Ihr Versuch, mich zu überreden. Sie folgen der alten Goebbelsschen Taktik, die sich ausgezeichnet mit der Taktik des Intelligence Service verträgt.

Mit welch abscheulichem, teuflischem Mittel wollen Sie gegen uns den Schlag führen! Aber unsere Demokratische Armee erteilt Ihnen täglich aufs neue die gebührende Antwort. Niedrig, ehrlos und verabscheuungswürdig, dachten Sie die Ehre und das Gewissen eines Kämpfers, eines Patrioten und treuen Soldaten der Demokratie kaufen zu können, und wollten mich mit einem hohen Posten, Gold und dem Anerbieten bestechen, im Ausland meine Hochschulbildung beenden zu können.

Ich schließe meinen Brief und bin überzeugt, durch ihn meiner Heimat einen patriotischen und nationalen Dienst erwiesen zu haben.

GEORGIS JANOULIS

Freizeone Kastoria, 20. Januar 1947

Internationale Umschau

(Notizen)

FÜR DIE UNABDINGBAREN RECHTE DER GEWERKSCHAFTEN

Die Weltföderation der Gewerkschaften hat beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO die überaus wichtige und aktuelle Frage nach dem Schutz der Gewerkschaftsfreiheiten anhängig gemacht. Die Weltföderation schlägt dem Rat vor, die Frage der Garantien für die Verwirklichung und Entwicklung der Gewerkschaftsrechte zu erörtern, und hat in dieser Frage einen Resolutionsentwurf eingebracht.

Der Entwurf betont die große Bedeutung der Gewerkschaftsrechte, die die Werktätigen genie-

ßen, um ihre Interessen wahren zu können. Hier von ausgehend schlägt die Weltföderation vor, die Gewerkschaftsrechte für unantastbar zu erklären. Den Gewerkschaftsverbänden müsse völlige Handlungsfreiheit eingeräumt werden. Sie müßten die Möglichkeit haben, sich selbst zu verwalten und über alle Fragen, für die sie zuständig sind, frei zu entscheiden. Jede Gesetzgebung, die die Betätigungsreiheit und die Rechte der Gewerkschaften schmälere, widerspreche den in der Satzung der Vereinten Nationen niedergelegten Prinzipien.

Zur Begründung der Notwendigkeit, die aufgeworfene Frage zu erörtern, konstatiert die Welt-

föderation, daß seit Beendigung des Krieges viele verschiedene Methoden angewandt werden, um die Verwirklichung und Entwicklung der Gewerkschaftsrechte zu verhindern: Massenentlassungen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, Besetzung von Gewerkschaftsgebäuden, Auflösung auf Grund demokratischer Prinzipien eingesetzter leitender Gewerkschaftsorgane u. a. In vielen Ländern werden die Gewerkschaftsverbände von den Behörden verfolgt.

Die faschistisch-monarchistischen Machthaber Griechenlands haben die Allgemeine Arbeitskönigföderation Griechenlands, die am 1. März 1946 unter Beobachtung einer Kommission der Weltföderation der Gewerkschaften auf demokratischem Wege gewählt wurde, zertrümmert. Unerhörte Gewalttaten an den Gewerkschaften geschehen in Iran. Die demokratischen Gewerkschaften Chinas werden von den Kuomintangbehörden grausam verfolgt. Eine Offensive gegen die Gewerkschaftsfreiheit erfolgt in den USA und in vielen lateinamerikanischen Ländern. In der Türkei machen die Behörden jeden Versuch, Gewerkschaften zu schaffen, zunichte. Schwere Beschränkungen erleidet die Tätigkeit der Gewerkschaften in Japan und in den kolonialen und abhängigen Ländern.

Der Wirtschafts- und Sozialrat hat die Adresse der Weltföderation der Gewerkschaften am 24. März behandelt. Gegen die Stimmen der Delegierten der Sowjetunion, Bjeloruslands und der Tschechoslowakei wurde mit Stimmenmehrheit ein englisch-amerikanischer Vorschlag gutgeheissen, die Mitteilung der Föderation an das Internationale Arbeitsbüro und an die Kommission für Fragen der Menschenrechte weiterzuleiten, damit diese die Frage behandeln und bis zur nächsten Tagung des Wirtschafts- und Sozialrats einen Bericht abfassen. Der Vorschlag, die Gewerkschaftsfreiheiten zu schützen, ist somit auf die lange Bank geschoben und an das Internationale Arbeitsbüro weitergegeben worden. Die Weltföderation der Gewerkschaften aber ist sogar der Möglichkeit beraubt, auf der nächsten Tagung des Rats in der von ihr aufgeworfenen Frage mit einem Referat aufzutreten.

Eine solche Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialrats wird diesen nicht vorwärtsbringen auf dem Wege der erfolgreichen Verwirklichung der Aufgaben, die die Satzung der Vereinten Nationen ihm stellt.

DIE ALBANISCHE FRAGE IM SICHERHEITSRAT

Die mehr als zwei Monate andauernde Behandlung der englischen Klage gegen Albanien im Sicherheitsrat hat am 25. März ihren

Abschluß gefunden. Der englische Resolutionsentwurf, in dem es hieß, Albanien sei für die Beschädigung der beiden englischen Schiffe verantwortlich, die im Oktober 1946 im Kanal von Korfu auf Minen aufliefen, ist abgelehnt worden, da er nicht die Stimmen aller ständigen Ratsmitglieder auf sich vereinigt hat: für diesen Entwurf wurden sieben Stimmen abgegeben, zwei Länder — die Sowjetunion und Polen — stimmten dagegen, Syrien enthielt sich der Stimme.

Die Untersuchung im Sicherheitsrat hat die englische Anschuldigung gegen Albanien nicht bestätigt. Sie hat im Gegenteil gezeigt, daß diese Beschuldigung unbegründet ist. England vermochte keinerlei Beweise für die Behauptung anzuführen, daß die albanischen Behörden zu dem Unglücksfall der englischen Kriegsschiffe in irgendeiner Beziehung stehen, zumal Albanien durch den Beschuß des Mittelmeerkollegiums für Entminung (Mediterranean Mine Board) des Rechts und der Möglichkeit beraubt ist, die Entfernung von Minen in seinen Hoheitsgewässern sicherzustellen, so daß es auch nicht für die Sicherheit der Schiffahrt in dieser Gegend verantwortlich ist.

Von der Beendigung des Krieges bis zum 1. September 1946 sind in den europäischen Gewässern 196 Schiffe verschiedener Länder auf Minen gelaufen. Von diesen Schiffen verunglückten 30 in entminnten Gewässern. Kein einziges der Länder, die die entsprechenden Gewässer entminnt haben, kein einziges der Länder, an deren Küsten diese Entminung vorgenommen wurde und wo die Schiffe zur Explosion gekommen sind, wurde von irgendeinem anderen Lande angeklagt, ein „Verbrechen gegen die Humanität“ verübt zu haben. Auch gegenüber Albanien lag kein Grund zu einer solchen Beschuldigung vor. Gerechtigkeit ist jedoch nicht so leicht zu erreichen in unserer Welt, wo oft noch der Stärkere im Recht ist.

Albanien hat sich wiederholt mit Klagen über die Verletzung seiner Hoheitsgewässer durch englische Kriegsschiffe und über einseitige Handlungen der englischen Behörden an die UNO gewandt. Diese Klagen wurden unbeachtet gelassen. Als England aber mit seiner ungeheuerlichen Beschuldigung gegen Albanien, schier den Frieden verletzt zu haben, hervortrat, faßte der Sicherheitsrat sofort den Beschuß, sich in die Sache einzumischen, obgleich die Sowjetunion und Polen der Aufnahme der englischen Klage in die Tagesordnung des Rats widersprachen, da sie hierzu keine Veranlassung sahen.

Im übrigen war es auch vor der Behandlung der englischen Klage im Sicherheitsrat klar, daß dieser Konflikt künstlich fabriziert wird.

Während die englische Regierung über die Minen im Kanal von Korfu Alarm schlug, unternahm sie nicht einmal den Versuch, die Frage durch zweiseitige Verhandlungen mit Albanien zu regeln, wie die Satzung der UNO das verlangt. Man weiß, daß die englische Regierung dem demokratischen Regime in Albanien unfreundlich gegenübersteht, keine normalen diplomatischen Beziehungen mit Albanien unterhalten will und Einwände erhebt gegen die Aufnahme dieses Landes in die UNO. Die Noten Englands an die albanische Regierung, seine Beschwerde bei der UNO und die Reden des Vertreters Englands im Sicherheitsrat versuchen, einen kleinen friedliebenden Staat als einen gefährlichen Aggressor hinzustellen.

Dieser Versuch ist ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Diejenigen englischen Kreise, die daran interessiert sind, daß die Macht der UNO gegen das friedliche demokratische Albanien gewendet werde, sind außerordentlich verärgert darüber, daß ihnen das nicht gelungen ist. „Daily Telegraph and Morning Post“, „News Chronicle“ und einige andere englische Zeitungen sind bereit, die Abstimmung über die englische Beschwerde über Albanien so hinzustellen, als ob das Prestige des Sicherheitsrats und das Vertrauen zu seiner Fähigkeit, internationale Streitigkeiten zu schlichten, erschüttert seien, weil die Sowjetunion eine Diskrimination Albaniens verhindert hat. Es ist indessen klar, daß der gegen dieses Land fabrizierte Konflikt und seine unverdiente Diskriminierung der Sache des Friedens auf dem Balkan nur Schaden bringen könnte.

Die Tatsache dagegen, daß dank dem Prinzip der Einmütigkeit der ständigen Ratsmitglieder die unberechtigte englische Beschwerde abgelehnt worden ist, kann die Autorität des Sicherheitsrats und der UNO nur erhöhen.

EIN VERLORENER HELDENKRANZ

Wir stellen fest, daß ein Teil der englischen Presse in letzter Zeit einige ihrer Urteile über die Verhältnisse in Polen revidiert hat.

Es ist z. B. noch gar nicht so lange her, daß „Daily Telegraph and Morning Post“ Donner und Blitz gegen den demokratischen Block Polens schleuderte und Mikolajczyk zu einem Helden machte durch die Unterstützung seiner Version, die Mehrheit des polnischen Volkes sei mit ihm

Man muß zugeben, daß die Urteile des Warschauer Korrespondenten dieser Zeitung in der Nummer vom 20. März der Wirklichkeit bedeu-

tend näherstehen, denn er konstatiert dort den Zerfall der sogenannten Opposition und die Konsolidierung der Kräfte der polnischen Demokratie.

Hiesige diplomatische Beobachter sind der Meinung, daß das Land nach stürmischen Episoden... und einer erbitterten Wahlkampagne in eine „Periode der Stabilisierung“ eingetreten ist.

Eine der denkwürdigsten (most striking), jüngsten politischen Entwicklungen ist der Niedergang Mikolajczyks, des früheren Ministerpräsidenten der polnischen Regierung in London und Führers der Bauernpartei. Man hat ihn bereits weithin vergessen, und die Risse in seiner Partei werden immer größer. Die irdische Aufgabe der Rekonstruktion... hat heute in der öffentlichen Meinung die Oberhand.“

Noch am Vorabend der Januarwahlen, zu der gleichen Zeit, als die englische Presse, „Daily Telegraph and Morning Post“ eingeschlossen, Mikolajczyk auf den Schild hob, gab der polnische Vizepremier Gomólska in einer Einschätzung der Perspektiven der Zuversicht Ausdruck, daß die Persönlichkeit Pan Mikolajczyks in nächster Zukunft jedes politische Interesse verlieren werde.

Diese Prognose scheint ihre Bestätigung zu finden.

VOR DEM GERICHT DES TSCHECHOSLOWAKISCHEN VOLKES

Schon vier Monate verhandelt der Volksgerichtshof in Bratislava gegen Josef Tiso, den früheren Präsidenten des slowakischen Marionettenstaats, einen der schlimmsten Verräte der Tschechoslowakischen Republik. Die Angeklagten haben ihr letztes Wort gesprochen, und das Gericht hat sich bis zur Verkündung des Urteils vertagt.

Tiso ist eine außerordentlich plastische Figur unter den europäischen Quislingen. Als Führer der sogenannten Volkspartei, der von Hlinka geführten katholischen Partei, hat der katholische Geistliche Tiso während seiner ganzen langjährigen politischen Tätigkeit gleichzeitig zwei Herren gedient — Hitler und dem Vatikan. Die ganze Idee der Sprengung des tschechoslowakischen Staates von innen heraus und der Abtrennung der Slowakei wurde diesem Faschisten im Priesterrock aus Vatikankreisen eingeflüstert. Die gesamte Tätigkeit der Hlinkapartei und Tisos ging unter der Führung des Vatikans vonstatten.

Die Anklage gegen Tiso beruft sich auf mehrere Paragraphen des Strafgesetzbuches, die die Todesstrafe vorsehen. Sie ist durch Dokumente erhärtet, die die Verteidigung nicht zu entkräften vermochte. Eine Kette von Zeugen ist vor dem Volksgerichtshof vorbeigezogen, darunter auch Persönlichkeiten aus Tisos nächster Umgebung, die die Schuld des Hitlerstatthalters in der Slowakei vollständig bestätigten.

So ist dokumentarisch nachgewiesen, daß die Hlinkaclique schon Anfang 1938 mit dem Henleinführer Frank gemeinsame Aktionen zwecks Zerstörung der Tschechoslowakei beschlossen hatten. Das Abkommen über die Lostrennung der Slowakei wurde von ihnen schon lange vor dem 14. März 1939 mit Berlin abgeschlossen. Der amerikanische Ankläger auf dem Nürnberger Prozeß hat von den Verhandlungen Mitteilung gemacht, die Tisos Adjutanten in dieser Frage mit Göring führten, nämlich Mach, der jetzt ebenfalls in Bratislava auf der Anklagebank sitzt, und Durčansky, gegen den in contumaciam verhandelt wird, da er sich hinter den Mauern des Vatikans verborgen hält. Tisos Berlinreise vom 13. März 1939 vollendete den Kuhhandel der slowakischen Faschisten mit Hitler. Am 14. März proklamierte das slowakische Parlament das Ausscheiden der Slowakei aus der Tschechoslowakischen Republik. Einen Tag später marschierten die deutschen Truppen in Böhmen und Mähren ein.

Der Prozeß in Bratislava hat weiter den Beweis erbracht, daß Tiso die Slowakei in einen Krieg gegen die slawischen Brudervölker hineingezogen hat. Auf Befehl Tisos wurden am 6. August 1939 Verbände der slowakischen Armee an den Grenzen Polens konzentriert. Im Sommer 1941 befahl Tiso die Beteiligung der slowakischen Truppen an Hitlers Feldzug gegen die Sowjetunion.

Auch in der Innenpolitik war Tiso ein getreuer Knecht Hitlers. Er errichtete in der Slowakei ein faschistisches Regime und stellte alle Hilfsquellen des Landes in den Dienst der Hitlerschen Kriegsmaschinerie.

Die Versuche, die Kriegsverbrecher vor der gerechten Strafe zu schützen, haben in der demokratischen Öffentlichkeit der Tschechoslowakei große Empörung hervorgerufen. Der Vatikan und seine Agenten in Europa und Übersee treten zur Verteidigung Tisos in die Schranken. Die illegalen Faschisten in der Slowakei sind anlässlich der Prozeßverhandlung gegen Tiso gleichfalls reger geworden. Es werden sogar Versuche unternommen, antitschechische Demonstrationen zu veranstalten und die separatistischen Lösungen abermals hervorzuholen. Der katholische Erzbischof Kmefko, der als Zeuge vernommen wurde, trat vor Gericht zum Schutze Tisos auf. Am 19. März veranstaltete die Geistlichkeit der Stadt Piešťany eine faschistische Demonstration gegen das über Tiso zu Gericht sitzende Tribunal.

Die Entlarvung der Tisoclique ist ein ernster Schlag gegen die noch nicht zur Strecke gebrachten slowakischen Faschisten, die sich in der so genannten Demokratischen Partei eingenistet

haben und von ihren Plänen, die Slowakei loszutrennen, nicht ablassen wollen, da sie das Land in einen Herd außenpolitischer Intrigen der internationalen Reaktion verwandeln möchten.

Man erwartet das Urteil des Volksgerichtshofs in Bratislava für Mitte April. Die Öffentlichkeit der Tschechoslowakei unterstützt voll und ganz die Forderung des Staatsanwalts, der für den Verräter des tschechoslowakischen Volkes die Todesstrafe beantragt hat. Die Gerechtigkeit erfordert, daß das Land unverzüglich von dem Kriegsverbrecher Tiso und von den Intrigen seiner Helfershelfer und Schutzherrn befreit werde.

DAS ABKOMMEN HOLLANDS MIT INDONESIEN

Am 25. März ist in dem Dorf Linggadschati bei Batavia ein holländisch-indonesisches Abkommen unterzeichnet worden, das die Schaffung Vereinigter Staaten Indonesiens unter der holländischen Krone vorsieht.

Dieses Abkommen wurde von beiden Regierungen schon im November 1946 paraphiert. Fünf Monate lang aber zögerten die holländischen Beamten die endgültige Entscheidung hinaus. Sie versicherten, sie seien bereit, den Konflikt mit Indonesien auf friedlichem Wege beizulegen, in Wirklichkeit aber setzten sie ihre Versuche fort, die Befreiungsbewegung des indonesischen Volkes zu zerschlagen und mit Hilfe bewaffneter Kräfte und der Blockade von der Seeseite her die indonesische Republik zu erwürgen. Gleichzeitig bemühten sich die holländischen Diplomaten, am Wortlaut des Abkommens Veränderungen und Korrekturen vorzunehmen, die es zu einem leeren Papier gemacht hätten.

Es ist nicht gelungen, das indonesische Volk auf die Knie zu zwingen, und zu guter Letzt war die holländische Regierung gezwungen, das Abkommen zu unterzeichnen. Die Absicht, die Republik zu zerschlagen, ist jedoch nicht aufgegeben worden. Das bezeugt die Tatsache, daß holländische Truppen im Augenblick der Unterzeichnung des Abkommens den Befehl erhielten, vor Surabaja zum Angriff überzugehen. Die Führer der indonesischen Republik appellieren deshalb an das Volk, auf der Hut zu sein. Gleichzeitig aber schätzen sie natürlich das holländisch-indonesische Abkommen als einen Erfolg der jungen Republik ein.

Auf der anderen Seite sind die imperialistischen Kreise Hollands mit der Unterzeichnung des Abkommens sehr unzufrieden. Das Calvinistische Organ „Trouw“ ist darüber empört, daß die holländische Regierung vor der indonesischen Republik „kapituliert“ hat.

In London hat das holländisch-indonesische Abkommen die interessierten Kreise beunruhigt. Die „Times“ schreibt in einem Kommentar zu dem Abkommen folgendes:

„Es ist zu hoffen, daß die Interessen Großbritanniens in Indonesien, repräsentiert durch Kapitalinvestitionen im Werte von rund 50 Millionen Pfund Sterling, durch die eng selbstsüchtige Politik der örtlichen Behörden nicht bedroht werden.“

Die Zeitung läuftet somit das Geheimnis der Hilfe, die England den holländischen Kolonialisten bei der Unterdrückung der Befreiungsbewegung des indonesischen Volkes geleistet hat.

DIE GROSSMUT EINES AMERIKANISCHEN SENATORS

In Nr. 12 der „Neuen Zeit“ wurde mitgeteilt, daß die Kommission des Repräsentantenhauses für Angelegenheiten der Korrespondenten das Ersuchen des bekannten Negerjournalisten Lautier, ebenso wie weiße Journalisten zu den Sitzungen des Kongresses zugelassen zu werden, abgelehnt hat.

Wie jetzt bekanntgeworden ist, hat die Sache im Senat eine andere Wendung genommen. Am 18. März hat die Geschäftsordnungskommission

des Senats — zum erstenmal in der Geschichte der USA — einen Negerjournalisten zur Pressegalerie im Senat zugelassen, ja, sogar nicht nur einen, sondern außer Lautier noch einen gewissen Prattis.

Ein gewisses Licht auf die Gründe, die die Kommission veranlaßt haben, diesen überraschenden Beschuß zu fassen, wirft die Tatsache, daß ihr Vorsitzender, der republikanische Isolationist Ch. W. Brooks, im Senat den Staat Illinois vertritt, wo bekanntlich zahlreiche Neger leben. In Journalistenkreisen vermutet man, daß Senator Brooks' „großzügige Geste“ gegenüber den Negern sich durch das Bestreben erklärt, für die Präsidentschafts- und Kongreßwahlen im Jahre 1948 die Stimmen der Negerwähler von Chicago zu gewinnen.

Lautier wird vorläufig nur den Senatssitzungen beiwohnen. Die Türen des Repräsentantenhauses bleiben für diesen Journalisten, der in Washington 50 Negerzeitungen vertritt, nach wie vor geschlossen — jedenfalls so lange, bis sich in einer seiner zahlreichen Kommissionen ein Mann findet, der nach Brooks' Beispiel innewirkt, daß es nicht immer vorteilhaft ist, die Menschenrechte der Neger mit Füßen zu treten.

Nanking—Schanghai

(Reisenotizen)

N. PROZENKO

NANKING, die Hauptstadt Chinas, gleicht mit seiner hohen, zackigen, aus großen Backsteinen gefügten Stadtmauer einer Festung. Die Mauer hat fünf Tore, die von Militär und Gendarmen bewacht und nachts verschlossen werden. Das Ganze hat einen etwas mittelalterlichen Anstrich.

Das Stadtgebiet umfaßt eine Riesenfläche, was schon daraus hervorgeht, daß die Stadtmauer 35 km mißt. Die Stadt hat aber nicht mehr als 1 Million Einwohner. Der Stadtorden, der sogenannte Residenzteil, ist hauptsächlich Villen-, Gesellschafts- und Regierungsviertel. Im Osten liegen der Flugplatz und die Militäramter. Hier gibt es viel freies Gelände und Gärten. Dichtbevölkert ist nur das Südviertel.

Nanking hat keine großen Häuser. Die schönsten Gebäude gehören, wie auch in anderen Städten Chinas, den faktischen Herren des

Landes, den Banken. Das größte und eleganteste Gebäude, ein erst nach dem Kriege fertiggestelltes Bauwerk, gehört der Zentralbank. Auch die Gebäude der Bank von China, der Landwirtschaftsbank, der Industriebank und der Munizipalbank lenken das Augenmerk auf sich.

Abgesehen von den Banken, Villen, Gesandtschaften und einigen Regierungsgebäuden besteht die Stadt aus ein- bis zweistöckigen unansehnlichen, schmutzigen und vernachlässigten Häusern. Sie hat viele Teiche, die aber sämtlich verunreinigt und verschilft sind. Die breiten Hauptstraßen sind asphaltiert, alle Seitengassen aber haben Kopfsteinpflaster. Zum Unterschied von anderen Städten Chinas gibt es in Nanking außer den Rikschas auch viele Pferdedroschken. Da sie jedoch nur die Seitenstraßen benutzen dürfen, so wird man bei einer Droschkenfahrt gründlich durchgerüttelt. Die Droschken haben

gewöhnlich eine ganz bestimmte Marschroute, z. B. vom Stadtzentrum zum Bahnhof oder zum Südtor, sie nehmen 8—9, manchmal sogar 11 Fahrgäste auf und sind mit einem kleinen mongolischen Pferdchen bespannt. Weitere Verkehrsmittel sind ratternde Autobusse, die Lastkraftwagen ähneln.

Wie in allen chinesischen Städten, gibt es auch in Nanking unzählige Läden und Lädchen, Verkaufsstände und Straßenhändler. Man hat den Eindruck, daß hier alles Handel treibt, und begreift nicht, wer denn eigentlich kauft.

Die Unmenge aller möglichen Gasthäuser, Garküchen und Schenken fällt sofort ins Auge. Viele Chinesen pflegen ihre Zeit im Gasthaus zuzubringen. Treffen sich zwei Freunde, so gehen sie ins Gasthaus. Bekommt jemand Besuch, so geht er mit ihm dorthin. Wird irgend ein Fest gefeiert, so tut man es dort. Hochzeiten werden gewöhnlich im Gasthaus begangen, wohin sich die ganze Familie mit Kindern und Dienstboten aufmacht. Es gibt Gasthäuser für jeden Geschmack und Geldbeutel, von Restaurants, die europäischen Begriffen und Wünschen entsprechen, bis zu chinesischen Garküchen aller-einfachster Art.

Industriebetriebe gibt es in Nanking nicht. Die Hauptstadt lebt auf Kosten des Landes und gibt diesem als Entgelt nichts als Regierungsdekrete. Sie ist ausschließlich von Beamten und Kaufleuten bewohnt. Das Kulturleben ist äußerst düftig. Es gibt einige Mittel- und Hochschulen, 2 Kinos und 2 oder 3 altchinesische Theater, weiter nichts. Wissenschaftliche Institutionen fehlen ganz. In Nanking ist der Fortschritt, das Neue nicht beliebt. Die fortschrittlichen Geistesarbeiter ziehen der Hauptstadt daher jeden anderen Wohnsitz vor. Das drückt dem ganzen Leben in Nanking seinen Stempel auf. Man lebt dort monoton und ausgesprochen „provinziell“. Die Bevölkerung beschäftigt sich nur mit Familienangelegenheiten, Klatschereien, Gerüchten und Geschwätz über „Palastintrigen“.

Übrigens beginnen die stürmischen Ereignisse auch auf Nanking überzugreifen. Im vergangenen Jahr wurde die träge Stadt durch zwei Ereignisse aufgerüttelt.

Im Juni 1946 traf in Nanking eine Delegation der Bevölkerung Schanghais ein, um bei der Regierung gegen den im Lande wütenden Bürgerkrieg zu protestieren. Am Bahnhof wurde sie von knüppelschwingenden Polizeiagenten empfangen und mußte direkt ins Krankenhaus geschafft werden. Die Behörden sorgten dafür, daß die Delegierten nach ihrem Krankenhausaufenthalt

unverzüglich wieder nach Schanghai abreisten. All dies rief in der Stadt große Erregung hervor.

Das zweite Ereignis waren die antiamerikanischen Demonstrationen vom Januar d. J. Tausende von Schülern und Studenten Nankings unternahmen eine Aktion, wie sie in den zweijahrzehnten der Kuomintangherrschaft noch nicht dagewesen war. Sie marschierten durch die Straßen der Stadt und forderten die Abberufung der amerikanischen Truppen aus China. Man kann sich vorstellen, welche Empörung die Anwesenheit des amerikanischen Militärs im Land hervorruft, wenn es sogar in Nanking zu offenen Protesten kommt.

In Nanking halten sich an die 1200 amerikanische Militärs auf. Sie sind die sogenannten Berater im Stab Tschiangkaischeks. Es gibt Berater im Finanzministerium und in den Banken, in den Propagandaorganen und im Nachrichtendienst. Die Amerikaner fühlen sich hier ganz wie zu Hause. Sie haben ihre eigenen Rundfunksendern und Fernsprechzentralen, ihre Militärstäbe, Versorgungsämter und Propagandastellen. Sie haben ihre eigene Polizei, die oft mehr Macht besitzt als die chinesische. Die Amerikaner genießen Vorrechte, über die kein Chineser verfügt. Der Markt ist überschwemmt von amerikanischen Waren: Konserven, Obst, Zigaretten, allem möglichen Kram aus Heeresbeständen und Zivilbesitz. Die liberale Presse Chinas hat wiederholt darauf hingewiesen, die Amerikaner seien „nicht wie Alliierte, sondern wie Sieger“ nach China gekommen.

Die Massendemonstration der Studenten war das Ergebnis einer spontanen Protestbewegung gegen die amerikanische Chinapolitik. Im politischen Kampf unerfahrene, aber von ihrem Recht überzeugte junge Burschen und Mädchen führten die Bewegung an. Die Demonstration rüttelte die ganze Stadt auf. Nach der Demonstration fand in der Zentraluniversität eine Pressekonferenz statt, auf der die Fragen der Berichterstatter von den Anführern der Demonstration entweder abwechselnd oder nach gemeinsamer Beratung beantwortet wurden. Sie sprachen vom Bürgerkrieg, von der Einmischung der Amerikaner, von ihrem Wunsch nach Frieden. Die Berichterstatter fragten:

„Was gedenken Sie weiter zu tun?“

Ein Student antwortete

„Wir wissen es noch nicht. Das wird von der Situation abhängen. Jedenfalls aber stellen wir unseren Kampf nicht ein, ehe wir unser Ziel erreicht haben.“

Auf die provokatorische Frage des Berichtstellers einer reaktionären Zeitung: „Wie würden Sie sich dazu stellen, wenn man in China anfinde...“



Die Uferstraße in Schanghai

die Amerikaner zu verprügeln?", rief eine Studentin unerschrocken aus: „Sie sind in einem fremden Land. Sollen sie doch machen, daß sie fortkommen!“

Die Entrüstung der Nankinger Jugend ist nur begreiflich. Die Einwohnerschaft von Nanking wurde Zeuge schmählichster Szenen, wie sie in der Geschichte des Landes einzig dastehen.

China hat den Sieg gemeinsam mit den übrigen vereinten Nationen errungen. Die von den Japanern besetzten Bezirke, darunter auch Nanking, erwarteten voll Ungeduld das Eintreffen der Nationalregierung. Am 2. September 1945 wurde die

Kapitulation Japans offiziell unterzeichnet, am 9. September erfolgte in Nanking die feierliche Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde namens der japanischen Armee in China. Aber die Stadt blieb in der Hand der Japaner, ja noch mehr, als am 8. September der Kriegsminister zum erstenmal nach dem Kriege per Flugzeug in Nanking eintraf, um die Kapitulationsurkunde zu unterzeichnen, wurde der Flugplatz von Japanern bewacht. Das Publikum hatte keinen Zutritt. Der Minister wurde nur von hohen Beamten und einem Zug chinesischer Soldaten unter Bewachung

japanischer Bajonette empfangen. Die Freude des Volkes machte einem verhaltenen Haß Platz. An den Straßen, durch die der Minister fuhr, standen die Menschen und sahen ihm schweigend, mit finsternen Blicken nach.

Später zogen chinesische Truppenteile in die Stadt ein, auch sie unter dem Schutze japanischer Soldaten. In amerikanischen Uniformen, mit amerikanischen Waffen, so kam die chinesische Armee nach Nanking. Ein chinesischer Berichterstatter, mit dem wir auf der Straße standen, sagte:

„Japanische Bewachung, amerikanische Uniformen und Waffen, nur die Soldaten sind chinesisch...“

Bis Dezember 1945 wurden einzelne Objekte in der Stadt noch von Japanern bewacht. Die Eisenbahn Nanking—Schanghai stand bis Januar v. J. stellenweise noch unter japanischer Bewachung. Im November 1945 konnte man in den Straßen der Hauptstadt chinesische Truppenteile sehen, zu denen auch Japaner gehörten. Die von den Japanern geschaffene Marionettenpolizei sorgte noch monatelang in der Stadt im Namen der Nationalregierung, wie vorher im Namen der Japaner, für „Ordnung“.

Was das alles zu bedeuten hatte, begriff das Volk erst später in vollem Umfang. Nachdem der Feind besiegt war, wandten sich die regierenden Kreise Chinas schutzsuchend einerseits an die japanische Armee, andererseits an die verbündeten Amerikaner, da sie ihr eigenes Volk fürchteten, das schon so lange davon träumt, sein Land frei zu sehen. Jetzt haben die Amerikaner im Lande das Heft in der Hand.

* * *

Die 312 km weite Bahnfahrt von Nanking nach Schanghai ist insofern interessant, als man ein charakteristisches Stück des Landes zu sehen bekommt. Man fährt durch eine Ebene, vorbei an malerischen Reisfeldern, vereinzelten Dörfern und allen möglichen kleineren und größeren Kanälen, die hier die Hauptverkehrswege bilden. Zwischen den Feldern tauchen hinter Waldstreifen plötzlich Segel auf. Die Boote sind hinter den Kanaldämmen verborgen, und es sieht aus, als ob die Segel über die Felder schwebten, immer eins hinter dem anderen, langsam, manchmal aufeinander zukommend und dann wieder in verschiedenen Richtungen davonziehend wie eigenartige Vögel. Dann wieder taucht plötzlich inmitten eines Dörfchens ein Mastenwald auf. Wasser ist nicht zu sehen, nichts als die Masten. Hier kreuzen sich zwei große Wasserstraßen.

Auf manchen Parzellen ist der Reis gerade reif und wird geschnitten. Unweit davon werden bereits abgeerntete Felder mit Hilfe eines primitiven Wasserrades aus dem benachbarten Kanal überschwemmt. Die Felder werden unter Wasser gepflügt. Langsam schreitet, bis zum Bauch im Wasser, ein Büffel daher, der einen primitiven Pflug zieht. Hinter ihm drein stapft der Bauer, ebenfalls bis zum Gürtel im Wasser. An frühen Herbstmorgen, wenn der Nebel noch über den Feldern steht, schmiegen sich die Jungen, die die Büffel auf den Rainen weiden, an die Rücken der Tiere, um sich in der Morgenkühe an ihnen zu wärmen. An den Abenden herrscht undurchdringliches Dunkel, kein Lichtschein ist zu sehen, denn Lampen sind für den armen Bauern ein unerschwinglicher Luxus.

An den Abteilen vorbei gleiten mit Stroh, Rohziegeln oder auch mit geweißtem Lehm bedeckte Gräber. Manchmal stehen Särge ganz unbedeckt mitten auf dem Feld. Die Chinesen, besonders die Bewohner dieser Gegend, begraben ihre Toten nicht. Sie stellen die Särge ins Feld, nur die Wohlhabenderen bedecken sie mit Matten, mit Stroh oder Ziegelsteinen.

Wir passieren Tschinkiang, dann Tschangtschou. Dort ist Wusih, das Zentrum der Seidenindustrie. Ein wasserreicher Kanal mit Anlege-

stellen und einer Unmenge großer und kleiner Barken liegt vor uns. Über der Stadt ragen etwa drei Dutzend Fabrikschornsteine auf. Hier wurde einst die weltberühmte Chinaseide hergestellt. Jetzt aber macht das Land eine schwere Wirtschaftskrise durch. Die Industrie liegt darnieder, die Unternehmer erleiden Verluste und schließen eine Fabrik nach der anderen. Nur die Banken und die mit Gold und amerikanischen Zahlungsmitteln spekulierenden Finanzleute prosperieren.

Wir passieren Stroh- und Lehmhütten, dann Baracken; der Zug überquert Straßen, an deren Schlagbäumen sich Fußgänger und Rikschas drängen. Da kommen auch Fabrikschornsteine in Sicht. Das ist Schanghai. Der Zug hält auf dem Nordbahnhof.

Eine lärmende Menge schiebt uns auf den Bahnhofplatz hinaus. In Schanghai gibt es vielerlei Verkehrsmittel. Die traditionellen Rikschas, Pedicabs (ein Chinese auf einem Fahrrad, das vor die Rikscha für den Fahrgäst gespannt ist), Taxi, Straßenbahnen, Autobusse. Ein Rikscha auf seinem Fahrrad trägt mir seine Dienste an. Er spricht gut Englisch. Ich erfahre, daß er an einer Mittelschule Lehrer für englische Sprache war, da er aber mit dem Gehalt seine Familie nicht ernähren konnte, so versuchte er sich im Handel. Sein Bruder half ihm dabei. Dann kam die Krise. Beide Brüder wurden ruiniert, und jetzt muß dieser Mann, der Hochschulbildung besitzt und die englische Sprache beherrscht, eine Rikscha ziehen.

Schanghai ist ein Gemisch von Sittenlosigkeit, Reichtum und Elend. In den Restaurants, Kabinetten und Bars werden Millionen durchgebracht, an den Eingängen aber strecken Menschen ihre Hände nach Almosen aus. Man sieht luxuriös gekleidete Gentlemen und Ladys und daneben ausgemergelte, hungrige, in Lumpen gehüllte Menschen, die die kalten Nächte in Torbögen, an Ladeneingängen oder ganz einfach auf dem Straßenpflaster zubringen. Es gibt Tausende solcher Obdachloser. Eine Unmenge Frauen werden von Elend und Hunger der Prostitution in die Arme getrieben. Auf den Fahrdämmen herrscht ein Gewirr von Kraftwagen, Straßenbahnen, Autobussen und Rikschas, ringsum ist ein ständiges Gedränge und Durcheinander.

Niemand kann auch nur mit einiger Genauigkeit angeben, wieviel Einwohner Schanghai hat. Ihre Zahl ist statistisch nicht festgestellt. Am Stadtrand stehen Tausende von Hütten, fast im unmittelbaren Stadtzentrum befinden sich Elendsviertel, durch die nicht durchzukommen ist. Menschen leben auf Dachböden, in Kellern, auf dem Straßenpflaster. Auf den Kanälen drängen sich Tausende von Dschunkens, auf denen die

Menschen, die Wasserstraßen des Landes befahrend, ihr ganzes Leben zubringen. Hier werden sie geboren, wachsen sie auf, heiraten und sterben sie.

Man sagt, das Leben in Schanghai beginne sich allmählich zu normalisieren. Noch vor kurzem soll die Stadt, wie die Schanghaier erzählen, „kopfgestanden“ haben. Vor anderthalb Jahren erschienen hier die Amerikaner. Ein wüstes Treiben begann. Bars und Freudenhäuser schlossen wie Pilze aus der Erde. Aus allen Winkeln kamen kleine und große Abenteurer und Spekulanten hervor. Betrunkene amerikanische Matrosen füllten die Straßen. Die Zeitungen brachten Meldungen von Prügeleien, Ausschreitungen, Diebstählen und Mordtaten der amerikanischen Matrosen und Soldaten.

Jetzt hat sich das alles mehr oder weniger gegeben. Die Amerikaner haben sich in China häuslich niedergelassen. Die Demobilisierten sind nach Hause gefahren, die anderen haben Frauen und Kinder kommen lassen und beabsichtigen anscheinend, lange zu bleiben.

Am Ende der Uferstraße, des „Bund“, liegt ein großes Hotel, „Broadway Mansions“. Von seinen Fenstern aus blickt man auf den Huangpu, auf dem mindestens ein Dutzend amerikanischer Kriegsschiffe vor Anker liegen. Das ganze siebzehnstöckige Gebäude ist von amerikanischen Offizieren bewohnt, die hier ihr Restaurant, ihr Lazarett, ihre Post, ihre Kirche haben. Man rechnet hier nur in amerikanischen Dollars. Das Haus ist ein Stück Amerika in China. Ein ebensolches „Stück Amerika“ ist auch das Hotel „Cathay Mansions“ am anderen Ende der Stadt.

Die „Rechte und Interessen“ der Amerikaner werden von der amerikanischen Militärpolizei, der „M. P.“, gewahrt, deren Beamte Tag und Nacht in weißen Polizeiautos mit heulenden Sirenen durch die Straßen fahren. Die „M. P.“ ist allmächtig. Ein Wort des Widerspruchs, und der Polizeiknüppel saust auf den Kopf des Unbotmäßigen herab.

Schanghai ist das größte Industriezentrum Chinas. Die Fabriken liegen am Stadtrand. Will man aber einen Begriff bekommen, wie es um die Industrie bestellt ist, dann braucht man nicht erst dorthin zu fahren oder Statistiken einzusehen. Man braucht nur den Balkon eines der hohen Häuser zu betreten und sich aufmerksam umzublicken. Über der Stadt erheben sich Hunderte von Fabrikschloten, von denen aber nur einzelne rauchen. Die Fabriken liegen still. Schanghais Industrie ist lahmgelegt. In der Stadt herrscht Arbeitslosigkeit. Der Markt gehört den amerikanischen Waren und dem amerikanischen Dollar.

Beide werden auf offener Straße gehandelt. Ganz Schanghai ist vom Spekulationsfeuer erfaßt. Man kauft amerikanische Konserven, Regenmäntel, Gürtel, Strümpfe und Schuhe und verkauft sie weiter. Alles richtet sich nach dem Kurs des amerikanischen Dollars, der wie ein Fußball auf und ab hüpfst. Auf den Straßen gibt es Dutzende von Wechselstuben. Der Kunde kann beim Geldtausch manchmal gewinnen, häufig aber verliert er, die Wechsler aber verlieren nie. Sie stehen mit den großen Finanzleuten in Verbindung, die auf dem Markt „das Wetter machen“ und durch diese kleinen Wechselstuben Millionen einsacken. Das ist eine besondere Welt, eine grauenhafte, zynische, die nichts kennt als Profite.

Gleichzeitig aber ist Schanghai eine Zufluchtsstätte der fortschrittlichen Intelligenz. Auf dieser Stadt lastet das Joch der Kuomintang weniger schwer. Daher wählen Schriftsteller, Künstler, Schauspieler, Gelehrte und Journalisten Schanghai zu ihrem Wohnort. Die Führer der Demokratischen Liga haben hier ihren ständigen Wohnsitz. Die Liga ist eine noch nicht fest zusammengeschweißte Organisation, ihr Einfluß wächst aber in raschem Tempo. Um sie scharen sich nicht nur Geistesarbeiter, sondern auch kleinere und mittlere Kaufleute und Industrielle.

* * *

Es ist Abend. Die eisernen Rolläden an den Schaufenstern werden herabgelassen, die Türen der Ämter geschlossen. Am Eingang zum Zollamt, neben einem der großen Bronzelöwen, von denen es heißt, daß sie Glück bringen, wenn man sie streichelt, haben sich vier halbnackte Männer in mittleren Jahren niedergelassen.

Sie halten einen Festschmaus. Heute haben sie einen guten Tag. Jeder von ihnen besitzt einen Laden und etwas Sojakäse. Sie stammen aus dem fernen Setschuan. Zu Anfang des Krieges wurden sie eingezogen, und das Schicksal trieb sie von Ort zu Ort. Jetzt sind sie demobilisiert. Der Krieg mit Japan ist zu Ende, Menschen strömen in ihre Heimat. Diese vier aber können nicht nach Hause. Sie haben kein Geld für die Reise und zum Leben. Niemanden gehen sie etwas an. Es gibt keinen Menschen, an den sie sich wenden können. Sie irren durch Schanghai und führen ein Hungerdasein wie zehntausende andere Kriegsveteranen im ganzen Land. Schon oft haben sie die Löwen gestreichelt. Tausende von Schanghaiern tun es. Von der Berührung der zahlreichen Hände blinken die Löwen wie die blankgeputzten Messingteile an den gegenüber vor Anker liegenden Schiffen. Das Glück ist aber trotzdem nicht bei ihnen eingekehrt.

23. März

Vom Rat der Liga der arabischen Staaten wird beschlossen, daß die in ihm vertretenen Länder vorbehaltlos die nationale Forderung Ägyptens nach unverzüglicher und restloser Evakuierung der britischen Truppen und nach Vereinigung Ägyptens mit dem Sudan unterstützen werden.

24. März

Der Vertreter Albaniens in der Sicherheitsratsskommission zur Untersuchung der Lage in den nördlichen Grenzgebieten Griechenlands protestiert gegen die antialbanischen Provokationen der griechischen Monarchisten.

26. März

Aushebung einer illegalen hitlerfaschistischen Organisation in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands.

Der Nationale Farmerverband der USA (United States National Farmers' Union) veröffentlicht eine Entschließung, in der die Außen- und Innenpolitik Trumans verurteilt wird.

27. März

Im Außenministerrat beginnt die Aussprache über die deutschen Guthaben in Österreich.

W. M. Molotow, Außenminister der UdSSR, empfängt den österreichischen Außenminister Karl Gruber.

Die mit der Untersuchung der Lage an der griechisch-bulgari-schen Grenze beauftragten Mitglieder der Sicherheitsratsskommission reisen nach Genf ab.

Die lateinamerikanische Presse meldet die Ermordung von Timoteo Ojeda, Führer der Kommunistischen Partei Paraguays und Generalsekretär des Arbeiterrats von Paraguay (Consejo obrero Paraguayo) im Gefängnis von Asuncion.

28. März

In der Sitzung des Außenministerrats werden die zur Frage der deutschen Guthaben in Österreich von den Delegationen eingebrochenen Vorschläge erörtert.

Harold Stassen, ein namhaftes Mitglied der Republikanischen Partei der USA, trifft in Moskau ein.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

März—April 1947

Ankunft einer vom Zentralrat der Gewerkschaften der Tschechoslowakei eingeladenen Delegation der Sowjetgewerkschaften in Prag.

Vor dem Obersten Kriegsgericht in Helsinki beginnt ein Prozeß gegen die Organisatoren geheimer Waffenlager.

In der Nähe von Sanok (Polen) wird Generaloberst Karol Swierczewski, stellvertretender Minister für die nationale Verteidigung Polens, von Faschisten ermordet.

Im Staate Neuyork wird ein Gesetz angenommen, das den Arbeitern und Angestellten der öffentlichen und kommunalen Betriebe und Ämter das Streikrecht entzieht.

Der Außenministerrat erörtert Geschäftsordnungsfragen betr. die weitere Prüfung der zum Bericht des Alliierten Kontrollrats für Deutschland eingebrochenen Anträge.

In der Sitzung der Sonderbeauftragten der Außenminister erstattet Jacques Rueff, der Vorsitzende des interalliierten Reparationsbüros, Bericht über die Verteilung der deutschen Reparationen unter 18 verbündete Länder.

Aussprache im Außenministerrat über das Thema: Deutschland als wirtschaftliches Ganzes, die Reparationen und die Überprüfung des Produktionsniveaus der Industrie. G. Marshall, G. Bidault, E. Bevin und W. M. Molotow geben Erklärungen ab.

Veröffentlichung einer TASS-Meldung betr. den Briefwechsel zwischen W. M. Molotow, G. Marshall und E. Bevin über den Austausch von Informationen in bezug auf die Erfüllung des Moskauer Chinaabkommens.

Proteststreik von 400 000 Bergarbeitern der USA zum Zeichen der Trauer um die durch eine Gruben-

explosion in Centralia (Illinois) tödlich verunglückten 111 Kumpel.

Große Rede Marschall Titos über die Außenpolitik der jugoslawischen Regierung in der Sitzung beider Kammern der jugoslawischen Skup-schitna.

Die britischen Militärbehörden übergeben den Dodekanes (die Zwölfinseln) offiziell in griechische Verwaltung.

Henry A. Wallace, Elliott Roosevelt u. a. verurteilen in einem von 20 000 Menschen besuchten Meeting in Neuyork — einberufen von der Organisation der Fortschrittlichen Bürger Amerikas (Progressive Citizens of America) — die Einmischung der USA in die Angelegenheiten Griechenlands und der Türkei.

1. April

Der Außenministerrat berät in engem Kreis die Frage des Produktionsniveaus der deutschen Industrie und der Reparationen.

Die Interasiatische Konferenz (Asian Relations Conference) in Delhi beschließt eine Resolution über die nationalen Unabhängigkeitsbewegungen, in der zum Kampf gegen jedweden Versuch, asiatische Länder zu unterwerfen, aufgerufen wird.

Das Große Sobranje Bulgariens beschließt ein Gesetz über einen volkswirtschaftlichen Zweijahrplan.

Tod König Georgs II. von Griechenland. Prinz Paul wird zum König ausgerufen.

2. April

Aussprache im Außenministerrat über die provisorische politische Organisation Deutschlands.

In Moskau trifft eine von E. Karadelj, stellvertretendem Ministerpräsidenten, geführte jugoslawische Delegation ein zwecks Beratung des Außenministerrats über Fragen des Vertrages mit Österreich.

Vom Obersten Volksgerichtshof der Polnischen Republik wird Rudolf Höß, der ehemalige Kommandant des Todeslagers Oświęcim (Auschwitz), zum Tode verurteilt.

PERIODISCHE DRUCKSCHRIFTEN:

SOWJETLITERATUR

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND KUNST
IN DER SOWJETUNION

EINE ZWEIMONATSSCHRIFT IN DEUTSCHER SPRACHE

Die Zeitschrift veröffentlicht Übersetzungen der Werke von Sowjetschriftstellern, Beiträge von Kritikern und Publizisten, Rezensionen von neu erschienenen Büchern, Besprechungen über neue Theaterstücke und Filme der Sowjetunion sowie Neuerscheinungen in Musik und Malerei.

DIE „SOWJETLITERATUR“ ERSCHIEN AUCH IN ENGLISCHER, FRANZÖSISCHER UND SPANISCHER SPRACHE, UND ZWAR ALS MONATSSCHRIFT.

DIE SOWJETFRAU

ZEITSCHRIFT FÜR GESELLSCHAFTLICHES LEBEN,
POLITIK, LITERATUR UND KUNST

HERAUSGEgeben VOM ANTIFASCHISTISCHEN FRAUEN-KOMITEE DER SOWJETUNION UND VOM ZENTRALRAT DER GEWERKSCHAFTEN DER SOWJETUNION.

„DIE SOWJETFRAU“ erscheint als ZWEIMONATSSCHRIFT in russischer, englischer, französischer und deutscher Sprache.

Die Zeitschrift widerspiegelt die berufliche, gesellschaftliche und kulturelle Tätigkeit der Frau des Sowjetlandes. Sie behandelt Fragen des täglichen Lebens, der Familie und der Erziehung.

Die Zeitschrift berichtet von der Zusammenarbeit der demokratischen Frauen der ganzen Welt in ihrem Kampf gegen die Überreste des Faschismus, für Frieden und Freiheit.

DIE ZEITSCHRIFT IST REICH ILLUSTRIERT.

MOSCOW NEWS

ERSCHEINT ZWEIMAL WÖCHENTLICH IN ENGLISCHER SPRACHE
UND BELEUCHTET ALLE GEBIETE DES SOWJETLEBENS.

AUSLANDSBESTELLUNGEN WERDEN ENTGEGENGENOMMEN
UNTER DER ADRESSE

Moskau, Kusnezki Most 18, MESHODUNARODNAJA KNIGA.